

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 144 8/2008



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Wissen und Empathie in der historisch-politischen Bildung
Klaus Ahlheim
- 15 Eine Geschichte der Hachschara
Herbert Fiedler
- 22 Das Städtische Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg in
Berlin-Lichtenberg – Zur Geschichte und Gegenwart eines
vergessenen Ortes der Verfolgung von ›Asozialen‹ in der NS-Zeit
Thomas Irmer, Barbara Reischl und Kaspar Nürnberg
- 32 Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit in Fürstenberg (Oder) –
Sonderausstellung im Städtischen Museum Eisenhüttenstadt
Axel Drieschner und Barbara Schulz
- 38 Heben Sie das gut auf! Das ist mein ganzes Leben!
Nach Charlotte Salomon: Leben? Oder Theater?
Joanne Gläsel
- 39 Veranstaltungshinweise
- 45 Literaturhinweise

Titel: »Altes Kraftwerk«, Teil II der Sonderausstellung »Rüstungswirtschaft
und Zwangsarbeit in Fürstenberg (Oder)« des Städtischen Museum
Eisenhüttenstadt. Foto: Bernd Geller
Siehe hierzu auch den Bericht von Axel Drieschner und Barbara Schulz
in diesem Heft.

Wissen und Empathie in der historisch-politischen Bildung*

Klaus Ahlheim

Weinen bildet vielleicht nicht – aber es ist gleichwohl oft zum Heulen, genau das ist mein Thema: Wissen und Empathie. Ich beginne mit einem Satz, der vielen wohlbekannt, vielleicht allzu vertraut ist, gar abgenutzt erscheint.

Erziehung nach Auschwitz und die aktuelle Bildungspolitik

Im Jahr 1966 hat Theodor W. Adorno, seinen inzwischen berühmten Rundfunkvortrag über die »Erziehung nach Auschwitz« gehalten und darin gleich zu Beginn seinen pädagogischen Imperativ formuliert: »Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voraus, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.« (ADORNO 1970, S. 92). Dieser eigentlich ungeheure, erregende Satz gehört inzwischen zum selbstverständlichen Zitatenschatz im Diskurs um Erinnerungsarbeit und Gedenkstättenpädagogik, wird auch instrumentalisiert im Kontext historisch-politischer Korrektheit und domestiziert als griffiges Motiv im Poesiealbum des theoretisch versierten »gedenkpädagogischen« Experten. Aber Adorno hat ja viel zu radikal formuliert, als dass man ihn so »herunterbrechen« könnte. Die »Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei« ist für ihn die erste selbstverständliche, gar nicht der Begründung bedürftige Aufgabe, das kategorische Ziel aller Erziehung, allen Unterrichts, aller Bildung, so müsste man ergänzen, um die Ungeheuerlichkeit des Adornoschen Imperativs, seines pädagogischen Imperativs zu verstehen.

Man muss diesen Satz in den Kontext der Pisa-dominierten Bildungsdebatte hierzulande stellen, um seine Sprengkraft, seine Sperrigkeit, seine unzeitgemäße Radikalität wirklich zu begreifen. Natürlich war, möglichen neu-humanistischen Bildungsmissverständnissen zum Trotz, Bildung immer auch Ausbildung, berufliche Qualifikation, natürlich mussten in einer zunehmend arbeitsteilig organisierten Gesellschaft allgemeine und berufsqualifizierende Bildung immer stärker in Spannung, ja Widerspruch zueinander geraten, aber erst in der bildungspolitischen Debatte der letzten Jahre ist der Wandel radikal: Je mehr im öffentlichen politischen Diskurs von Bildung die Rede ist, desto deutlicher wird, dass im Bildungsbegriff Qualifikation nicht mehr nur mitgedacht wird, dass der Bildungsbegriff vielmehr zum reinen Qualifikationsbegriff verkommen ist.

Selbst die in der Tat dringend nötige Diskussion um öffentliche Kindererziehung macht dies deutlich. Sie wird in der Regel geführt, als sei sie nur ein Annex der ökonomischen Hochrüstung der Republik. Und manches klingt schon ein wenig nach nicht unbedingt einfühlsamer und kinderfreundlicher pädagogischer Verfolgung, so etwa, wenn eine Redakteurin der noch immer eher als links-liberal geltenden »Frankfurter Rundschau« in einem Kommentar fragt: »Reicht es, zu sagen, das letzte Kindergartenjahr solle obligatorisch sein und möglichst kostenfrei?« Und dann fordert, »dass wir die Kinder vom zweiten Lebensjahr an [also ab dem 13. Monat ihres Lebens!] bilden, nicht betreuen sollten. Und zwar obligatorisch.« (FEHRLE 2006).

Dieter Lenzen, gelernter Pädagogikprofessor und Präsident der neuen Elite-Universität FU Berlin, hat schon früh die Zeichen der Zeit erkannt und ausgerechnet in einem Kommentar in der GEW-Monatschrift »Erziehung und Wissenschaft« beklagt, dass seit der »Mitte des 19. Jahrhunderts ... ein Typus von Erziehungsverständnis Oberhand gewonnen« habe, »der durch die Erfindung des Kindes in der Erzeugung von Schonräumen Lebensvermeidung kultiviert« habe (LENZEN 2001). Dann skizziert Lenzen sein eigenes pädagogisches Programm: »Wir müssen schon in der Grundschule, mit großer Konsequenz aber in der Sekundarstufe zwei, in der Hochschule und Berufsausbildung die nachwachsende Generation mit allen Elementen des Lebensernstes konfrontieren: mit Arbeit, mit ökonomischem Druck, mit sozialen Erwartungen, mit Rechtfertigungspflicht, Mitverantwortungsübernahme, mit der Verpflichtung, für sich selbst zuständig sein zu wollen und nicht eine der vielen Opfernischen (sic!) bewohnen zu wollen, die unsere Gesellschaft bietet.« (Ebd.).

Ökonomischer Druck, pädagogisch gewollt und gefordert, schon in der Grundschule? Das Konzept, entspräche es nicht doch dem bildungspolitischen Zeitgeist, könnte man als Zynismus abtun angesichts der Hausaufgaben – und anderer schulisch bedingter Dramen, die sich in Deutschlands Familien täglich abspielen, vom Drogenkonsum auch der Jüngsten ganz abgesehen, die mit Pillen schon früh gepöppelt werden, damit sie den Druck wegstecken, der von ihnen verlangt, einmal mindestens so erfolgreich zu werden wie Papi und Mami. Papi und Mami werden natürlich selbst stets weitergebildet, weil das lebenslange Lernen längst nicht nur Chance, sondern auch zur lebenslänglichen Zumutung geworden ist, weil man vor allem und fälschlicherweise davon ausgeht, dass nur lebenslanges Lernen vor Arbeitslosigkeit schützen könne.

Einmal älter und kinderfrei, strömen Papi und Mami in die Volkshochschulen und universitären Studiengänge für das Dritte Lebensalter, wiederum nicht zweckfrei, sondern für einen nützlichen Nebenberuf, das sog. Ehrenamt, das als Teil der Zivilgesellschaft das Ganze und uns alle vor dem sozialen Kollaps schützen soll. Und die auf den eigenen Füßen stehenden, der Familie und dem Schul-Druck jetzt entronnenen »Kinder« gehen nun – quasi als Belohnung – zur verschuluten Universität, versuchen sich in modularisierten und credit-gepointeten, eher reflexionsfreien Bachelor- und Masterstudiengängen, stets die schnelle, angepasste, berufsqualifizierende Ausbildung vor Augen, das Lernziel »Employability« im Visier.

Jede Debatte, ich wiederhole, jede Debatte, so hatte Adorno formuliert, über die Erziehungsideale sei gänzlich »nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz nicht sich wiederhole« (ADORNO 1972, S. 92). Was für eine Entwicklung bis heute, was für ein monumentaler Einspruch gegen unsere aktuellen bildungspolitischen Debatten und Weisheiten, Vorgaben und Vorhaben!

Ich bleibe noch ein wenig bei Adorno. Weinen (allein) bildet nicht, aber ohne wirkliche Emotionen und (Be-)Rührung, ohne Empathie, die etwas anderes ist als die Angst und Abscheu erzeugende pädagogische Inszenierung des Grauens, ist Bildung nicht zu haben. Gerade die »Unfähigkeit zur Identifikation«, die fehlende Empathie also, die Unfähigkeit zum Mitleiden auch, sich Einfühlen – und entsprechend, so könnte man auch noch ergänzen, der Hang und die Neigung zum Wegsehen, zum aktiven Weghören, zum Schweigen – war, so Adorno, »fraglos die wichtigste psychologische Bedingung dafür, daß so etwas wie Auschwitz »sich inmitten von einigermaßen gesitteten und harmlosen Menschen« (ebd. S.106) habe abspielen können. Aber Adorno

war auch Materialist, ja Marxist genug, um zu wissen, dass eben diese psychischen, individuellen, persönlichen Dispositionen, die den Faschismus begünstigt, ermöglicht, gefördert haben, mit der gesellschaftlichen Realität eng zusammenhängen. Und er hielt deshalb entschieden daran fest, dass es die »Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt« sei, die »die Verfolgung des eigenen Interesses gegen die Interessen aller anderen« fordere und fördere, was sich wiederum »im Charakter der Menschen bis in ihr Innerstes hinein« (ebd.) niederschlage: »Die Kälte der gesellschaftlichen Monade, des isolierten Konkurrenten« – Adorno bringt hier ökonomische Realität und psychische Disposition in wenigen Begriffen prägnant, fast genial zusammen – »als Indifferenz gegen das Schicksal der anderen« (ebd.) sei eine der wesentlichen Voraussetzungen für das widerstandslose Funktionieren der Nazibarbarei gewesen.

Es ist nur folgerichtig, dass der pädagogische Adorno tief skeptisch bleibt, ein vorsichtiger, zweifelnder Realist, aber einer, der nicht aufgibt. Frühkindliche Erziehung und rationale Aufklärung, vor allem und immer wieder, wie Gerd Kadelbach im Vorwort der »Erziehung zur Mündigkeit« mit Recht bemerkt (vgl. ebd. S.9), politische Bildung, könnten, so Adorno, am Ende zumindest helfen, das Schlimmste zu verhindern, könnten zumindest »dem Äußersten ungünstig« sein (Ebd. S.108). »Erziehung zur Mündigkeit«, das ist für Adorno das Stich- und Leitwort einer Erziehung nach Auschwitz, einer sachgemäßen historisch-politischen Bildung. Und natürlich kann sich solche Bildung »Kälte« selbst nicht leisten.

Wissen, Erkenntnis, Empathie

Weinen allein bildet sicher nicht, aber Wissen bildet. Und genau solches Wissen sind wir Pädagoginnen und Pädagogen den Lernenden schuldig. Wir sind ihnen Informationen, wir sind ihnen Wissen schuldig, gewiss kein fragmentiertes, isoliertes Wissen, sondern Wissen, das zu Erkenntnis führt, das zeigt, warum etwas so geworden ist, wie es ist und warum es nicht immer so werden muss. Wissen, das Zusammenhänge herstellt, Strukturen erhellt, das Verstehen und Erkenntnis mit Fakten verbindet, begründet, möglich macht. Wir müssen Informationen bereitstellen, nahebringen, zugänglich und didaktisch verständlich machen, natürlich. Wir müssen durchaus faktenreich informieren, darüber vor allem, wie und vor allem inzwischen schon: dass die Nazibarbarei gewesen ist und wie sie funktionierte.

60, 70 Jahre danach ist das Wissen darüber – ich werde darauf noch eingehen – längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir müssen darüber hinaus unbedingt informieren über die psychischen, die inneren Dispositionen, wir müssen erläutern, soweit wir es können, was die Menschen damals zu Tätern, zu opportunistischen Mitläufern, zu teilnahmslos Hinwegsehenden gemacht hat. Informationen über menschenfeindliche Vorteile, über Antisemitismus vor allem, über Autoritarismus und Nationalismus gehören zum Kern jeder politisch-historischen Bildung. Aber wir müssen dabei auch Erklärungen suchen und weitergeben, die die gesellschaftliche, vorab die ökonomische Realität nicht außen vor lassen. Wir müssen erklären, zumindest zu erklären suchen, was die Menschen, ehe sie zu Tätern und Henkern wurden, zugerichtet, zerstört hat, selbst Opfer hat werden lassen, ehe sie, wie Adorno es ausdrückt, »als Knechte« das taten, »wodurch sie ihre eigene Knechtschaft verewigen und sich selbst entwürdigten« (ebd. S.109). Genau an dieser Stelle, wo Soziologie und Psychologie, besser: Soziologie und Psychoanalyse, verknüpft sind, ist die Kritische Theorie noch immer hilfreich und

Adorno noch immer oder erst recht irritierend, irritierend vor allem für eine fast schon schön-gefällige, politisch stets korrekte öffentliche Erinnerungs-Routine. Ausgerechnet in seinem Vortrag »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit« hatte Adorno festgestellt, »daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten« und dann hatte der Mitverfasser der Studien zum autoritären Charakter, dem noch immer und immer mal wieder purer Subjektivismus vorgeworfen wird, weiter erklärt: »Er [der Faschismus] kann nicht wesentlich aus subjektiven Dispositionen abgeleitet werden. Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten. Den Verblendungszusammenhang zu durchschauen, mutet ihnen eben die schmerzliche Anstrengung der Erkenntnis zu, an welcher die Einrichtung des Lebens, nicht zuletzt die zur Totalität aufgeblähte Kulturindustrie, sie hindert. Die Notwendigkeit solcher Anpassung, die zur Identifikation mit Bestehendem, Gegebenem, mit Macht als solcher, schafft das totalitäre Potenzial. Es wird verstärkt von der Unzufriedenheit und der Wut, die der Zwang zur Anpassung selber produziert und reproduziert.« (Ebd. S. 23). Aber solche, in den 1960er Jahren vorgetragene, in den 1980er und folgenden Jahren durchaus verbreitete Erkenntnis steht nicht nur quer zur aktuellen Bildungsdebatte, solch fundamentale Gesellschaftskritik (von dem, was heute öffentlich als »Linksruck« diskutiert und diskreditiert wird, noch gar nicht berührt beziehungsweise erreicht) ist heute fast schon tabuisiert. Aber können wir uns Tabuisierung leisten, wenn es um die Frage geht, was an Wissen wir den Jugendlichen schuldig sind, damit sich Auschwitz nicht noch einmal ereigne?

Der von Adorno benannte Zusammenhang von »ökonomischer Ordnung« oder »ökonomischer Organisationen« einerseits und »Unmündigkeit« und »totalitärem Potenzial« andererseits war übrigens – um ein gelungenes Praxisbeispiel zu nennen – Gegenstand einer lebendigen, kritischen Debatte im Rahmen eines Seminars mit Studierenden, das im Januar des letzten Jahres in Buchenwald und Mittelbau-Dora stattfand, ohne dass der Bezug auf Adorno wirklich explizit hergestellt worden wäre. Aber die Nähe der »ökonomischen Ordnung«, des ganz normalen, normal scheinenden ökonomischen Alltags zum Terror und zur Vernichtung durch Arbeit wurde in diesem Seminar über »Techniker der ›Endlösung‹« und »Techniker für den ›Endsieg‹« durchaus thematisiert. Solche Seminare sind nicht nur wichtig, sie haben auch exemplarischen Charakter für eine historisch-politische Bildung »nach Auschwitz«.

Solange jedenfalls – und das ist der Ertrag meiner Adorno-Rezeption – politische und historisch-politische Bildung an dem Ziel eines autonomen Subjektes festhält, ist politische Aufklärung, die immer kritische Aufklärung ist, unverzichtbar. Ich-Identität nämlich, Erkenntnis und Wissen gehören zusammen, und deshalb ist das Wissen über die Dinge und ihre Zusammenhänge für die Lernenden, die Jugendlichen zumal, von grundlegender Bedeutung. Wissen heißt immer auch Verfügen über die Welt, statt Ausgeliefertsein, heißt immer oder kann zumindest heißen, Möglichkeiten des eigenen Handelns zu sehen, zumindest auszuloten, prüfen zu können. Wissen, unfragmentiertes, und Erkenntnis, das wird in der pädagogischen, in der didaktischen Debatte

allzu leicht übersehen, fördern Autonomie und Selbstwertgefühl, Wissenslernen und Erkenntnis sind eben nicht nur lästige Pflicht, sie enthalten gerade für die fragmentierte Alltagserfahrung Heranwachsender so etwas wie eine psychische Gratifikation, politisch-historisches Zusammenhangswissen nimmt einer als unüberschaubar erlebten Wirklichkeit das Bedrohliche. Auch Denkperspektiven können befreiend wirken, es ist besser, die Welt, die eigenen Ängste und Konflikte zu verstehen, wissend zu durchschauen, statt alles begriffslos zu erdulden. Und solches Begreifen der Dinge und der Zusammenhänge kann – der alltägliche Schulfrust lässt das Lernende wie Lehrende allzu leicht vergessen – durchaus lustvoll, ja erregend sein.

Wissen also bildet, Weinen aber nicht? Vielleicht ist die Antwort noch schwieriger. Zumindest soviel will ich behaupten und ein wenig erläutern: Mitgefühl, Mitfühlen, Betroffenheit und Empathie, Wissen und Weinen gehören am Ende doch zusammen. Ja, Empathie und Mitgefühl sind, sobald man den engsten Bereich intimer und persönlicher Erfahrung verlässt, stets auch eine Angelegenheit des Wissens, der Fakten, der Information. Empathie braucht, um nicht »fehlgeleitet« oder selbst-zerstörend zu werden, das Wissen über die Dinge, sie braucht Ordnung in der Flut halbwahrer, falscher Informationen, sie braucht – schwer genug – auch oder besser gerade da intellektuelle Einsicht und »theoretisches« Wissen, die Fähigkeit, Zusammenhang herzustellen (vgl. NEGT 1990) gerade da, wo die Informationsquellen, wie im kriegerischen Konflikt etwa, regelmäßig und ganz und gar üblich, absichtsvoll und professionell abgeschnitten werden. Am Anfang des dritten Jahrtausends ist angesichts einer bedrohlich komplizierten Welt Empathie ohne ordnende Theorie oder etwas schlichter, ohne ordnendes, einordnendes Wissen gar nicht mehr oder nur als fehlgeleitetes, zumindest manipulierbares möglich. Weinen braucht Wissen und beides zusammen macht am Ende Bildung aus!

Zygmunt Bauman hat wiederholt und nachdrücklich (vgl. Bauman 1992) auf den engen Zusammenhang von Holocaust und Theorie und Entwicklung der Moderne hingewiesen, ein Hinweis, der auch im Kontext politisch-historischer Bildung mehr als plausibel erscheint: Zentral für Bauman ist die These von der sozialen Produktion moralischer Indifferenz in der Moderne, der Suspendierung der Moral durch eine zunehmende physische wie psychische Distanz zwischen Handlungen und ihren Folgen. Moralische Indifferenz, die gesellschaftlich produzierte Entkoppelung von Verantwortung und Handlung und – damit verbunden – die Unsichtbarkeit der Opfer, seien typisch für die politische Kultur, für die politischen Modernisierungsstrategien, die unter bestimmten Konstellationen auch dem Genozid den Weg bereiten könnten. Zur Aufrechterhaltung der Utopie einer friedfertigen Gesellschaft, die ohne die Utopie einer sozial gerechten Gesellschaft nicht zu denken ist, bedarf es deshalb eines durch politische Analysen und Reflexion geleiteten politischen Handelns, in dem die Ebene des Erleidens, die Erfahrung der potentiellen Opfer politischer Entschlüsse enthalten und mitreflektiert sein müssen. Diese Utopie bedarf der Moral und der Politik, der Rationalität und der Empathie gleichermaßen oder besser: einer sich ihrer Folgen bewussten Erkenntnisfähigkeit, sie braucht sensible Eigen- und Fremdwahrnehmung, Mitgefühl und durchschauendes Wissen. Sie braucht, wie ich es früher einmal genannt habe, Kopf und Bauch (AHLHEIM 1993). Manchmal freilich will der Kopf (noch) nicht so richtig. Ich komme zu einem Thema, das für manche in einem nun ganz und gar banalen Sinne zum Heulen ist, und referiere kurz was wir selbst – mein früherer Mitarbeiter Bardo Heger und ich – über das zeitgeschichtliche, historische Wissen junger Leute herausgefunden haben.

Wissen, Wissenslücken und politische Einstellung

Vor einigen Jahren haben wir an der Essener Universität eine empirische Studie über »NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns« – so der Untertitel der Veröffentlichung – durchgeführt und dabei auch das Wissen der Studierenden über die NS-Zeit und den Holocaust »erhoben« (Vgl. AHLHEIM/HEGER 2003, S.61 ff.).

Ich referiere nur den Grundbefund, den wir mit sieben offenen Fragen erhoben haben (Abbildung 1). Immerhin: Was Auschwitz war, wissen nur 4 Prozent der Studierenden nicht, und auch das Ende des Zweiten Weltkriegs wird noch von 91 Prozent korrekt datiert. Größere Schwierigkeiten bereitete da schon die Frage nach dem Kriegsbeginn: Fast ein Drittel der Befragten konnte das richtige Jahr nicht angeben. 8 Prozent wussten zu den »Opfergruppen« nichts zu sagen. Die Frage nach der »Reichskristallnacht« konnten 24 Prozent der Studierenden nicht beantworten. Mag man schon darüber staunen, dass selbst unter Studierenden jeder Vierte nichts vom Terror der Pogromnacht weiß und beinahe jeder Dritte nicht sagen kann, wann der Zweite Weltkrieg anfang, so machen die Antworten auf unsere Fragen nach den Nürnberger Gesetzen und nach der Wannsee-Konferenz schon nachdenklich. Was auf der Wannsee-Konferenz geplant wurde, wussten 77 Prozent der Studierenden nicht einmal ansatzweise, und die Nürnberger Gesetze waren 71 Prozent der Befragten unbekannt.

Natürlich haben Wissenslücken zumindest auch mit mangelhaften Vermittlungsformen im Unterricht und vor allem mit Widerständen bei den Lernenden selbst zu tun, gleichwohl erscheint ein anderer Grund wahrscheinlicher: Das Thema Nationalsozialismus kommt in der Realität schulischen Unterrichts offenbar noch immer zu kurz. Die verbreiteten Annahmen und Klagen jedenfalls, die Schülerinnen und Schüler würden inzwischen mit Informationen über die Zeit des Nationalsozialismus fast schon »zugeschüttet«, sind empirisch nicht zu belegen, im Gegenteil. Ich habe noch einmal unsere Daten eingesehen und einen durchaus interessanten Nebentypus entdeckt (Abbildung 2). Teilt man die von uns Befragten in drei Gruppen ein, in Studierende, die meinen, die Zeit des Nationalsozialismus sei im Fernsehen **und** im Schulunterricht zu ausführlich behandelt worden, in jene, die zumindest sagen, im Fernsehen **oder** im Schulunterricht sei das Thema zu ausführlich behandelt, und schließlich in jene die

Abbildung 1:
Wissen über
Nationalsozialismus
und Holocaust



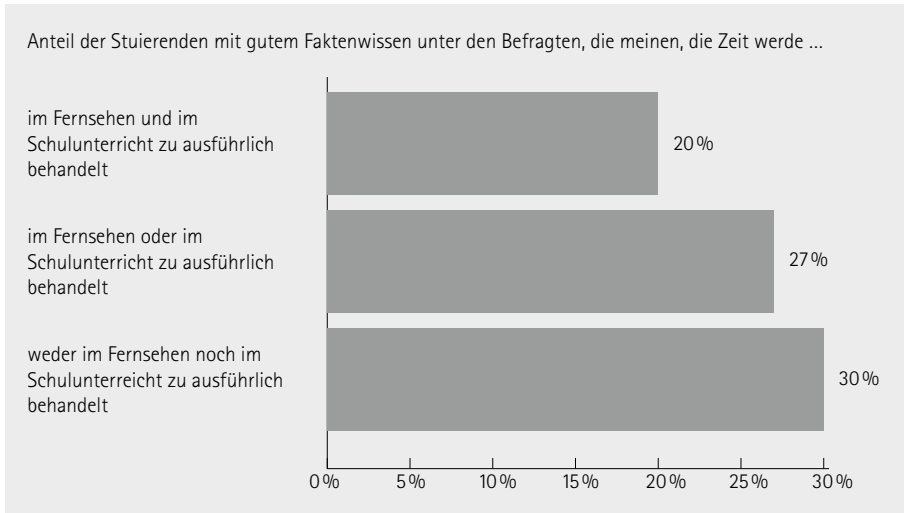


Abbildung 2: »Informationsflut« und Wissen

meinen, weder im Fernsehen noch im Schulunterricht sei die NS-Zeit zu ausführlich behandelt worden, und »misst« dann den Anteil der Befragten mit gutem Faktenwissen in jeder Gruppe, dann ist das Ergebnis aufschlussreich: Genau unter jenen, die die »zu ausführliche« Behandlung der NS-Zeit im Fernsehen und in der Schule beklagen, ist der Anteil von Personen mit gutem Faktenwissen besonders gering. Aber auch die sich nicht »zugeschüttet« fühlen, wissen reichlich wenig.

Interessanterweise lässt sich ein Zusammenhang von Wissen bzw. Nichtwissen und Einstellungen belegen, der natürlich für pädagogische, nicht nur schulische Interventionen und Konzepte von besonderer Bedeutung ist. Ich referiere die Befunde in aller Kürze.

Der erste (Abbildung 3): Von den Studierenden mit gutem Faktenwissen fordern deutlich weniger (28 Prozent) einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit als von den Befragten, die über diese Vergangenheit kaum etwas wissen (48 Prozent). Wir wissen damit freilich noch nicht, ob die besser Informierten seltener für einen Schlussstrich plädieren, weil sie mehr über die NS-Verbrechen wissen, oder ob die Schlussstrich-Befür-

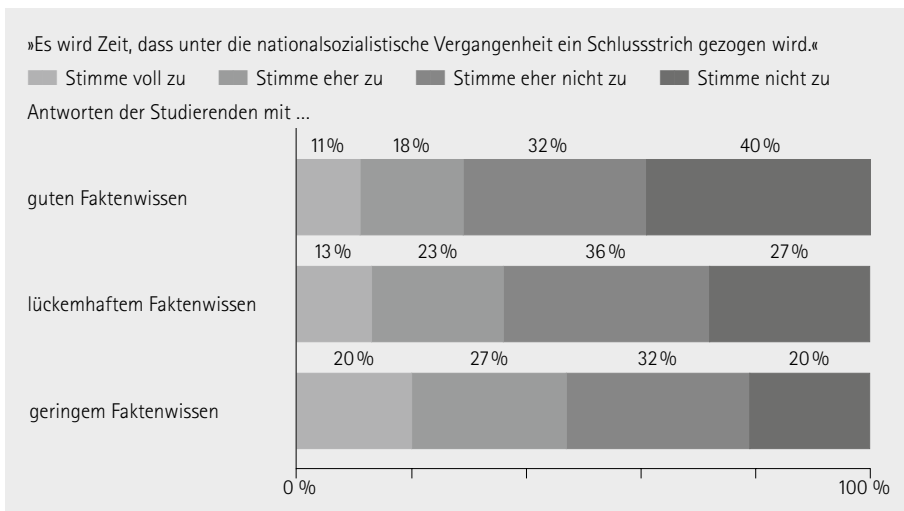
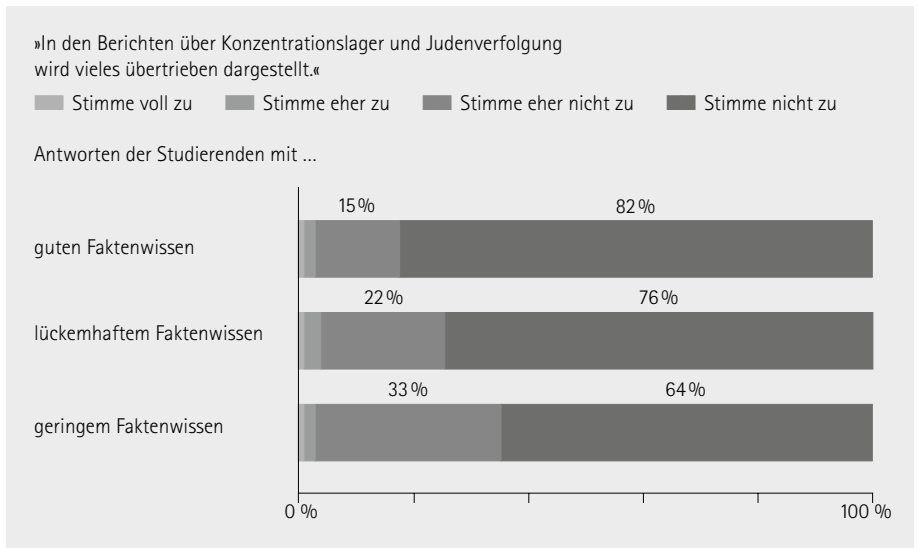


Abbildung 3: Wissen über den Nationalsozialismus und Schlussstrich-Mentalität

Abbildung 4:
Wissen über den
Nationalsozialismus
und Verharmlosung der
NS-Vergangenheit



worter weniger wissen, weil sie im Grunde gar nichts wissen wollen und an genaueren Informationen gar nicht interessiert sind. Wir können das anhand unserer empirischen Daten nicht klären, halten es aber für wahrscheinlich, dass beide Erklärungen bis zu einem gewissen Grad zutreffen und sich hinter den Zusammenhängen von Wissen und Einstellungen letztlich beide Effekte verbergen.

Der zweite Befund: Kaum einer der Essener Studierenden leugnet oder verharmlost den Holocaust. Nur 2 Prozent der Befragten stimmen etwa der Aussage zu, in den Berichten über Konzentrationslager und Judenverfolgung werde »viele übertrieben dargestellt«. Die Sicherheit dieser Einschätzung hängt allerdings deutlich mit dem Wissen über die NS-Zeit zusammen (Abbildung 4). Während von den Studierenden mit gutem Faktenwissen 82 Prozent die eindeutige Antwort »trifft nicht zu« und nur 15 Prozent die Vorgabe »trifft eher nicht zu« wählen, sind sich von den Befragten mit geringer Faktenkenntnis nur 64 Prozent in ihrem ablehnenden Urteil sicher, und immerhin ein Drittel (33 Prozent) will dann doch nicht gänzlich ausschließen, dass an der Aussage, vieles werde übertrieben dargestellt, auch etwas dran sein könnte.

Unser dritter Befund (Abbildung 5) zum Zusammenhang von Wissen und Einstellungen verweist auf die Bedeutung des Wissens über die Opfer des NS-Terrors. Wir haben in der Abbildung die Antworten auf die Frage, welche Personengruppen außer den Juden »von den Nazis verfolgt und ermordet« wurden, kombiniert mit dem Urteil über die Weigerung der Unternehmen und Unternehmer, der Stiftungsinitiative zur Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter beizutreten (ein zum Zeitpunkt unserer Befragung noch aktuelles, öffentlich stark diskutiertes Thema). Gewiss ist unsere Frage nach den Opfergruppen nur ein recht grober Indikator für das, was die Studierenden wirklich über die Opfer der NS-Verbrechen wissen, unser Ergebnis ist gleichwohl auffallend und statistisch hochsignifikant: Von den Studierenden, die nicht einmal eine Opfergruppe benennen können, finden besonders viele das Verhalten der Unternehmer »verständlich« oder gar »völlig richtig«, und nur wenige halten es für »skandalös«.

Die hier beschriebene, ich nenne es einmal freundlich, »Wissensproblematik«, mag, ich habe das schon angedeutet, verschiedene Ursachen haben, eines aber scheint mir offen-



Abbildung 5: Wissen über die Opfer und Einstellung zum Entschädigungsfonds

kundig: Angesichts der hier kurz skizzierten Befunde sind – das ist eigentlich eine banale, aber ebenso notwendige Feststellung – die Erinnerung und die Informationen über die NS-Zeit und den Holocaust nach wie vor (oder heute erst recht) von zentraler Bedeutung, eine zentrale Bildungsaufgabe. Und Gedenkstättenarbeit ist zweifelsohne ein ganz wichtiges, genuines Element historisch-politischer Bildung, vor allem jetzt und heute, da die Zeitzeugen kaum noch erinnern und informieren können. Die Gedenkstätten sind gewissermaßen die Zeugen nach den Zeugen, authentische Orte meist, die man freilich, wie Helmut Rook nicht müde wird zu betonen, erst zum Sprechen bringen müssen (Vgl. ROOK 2004).

Gedenkstättenbesuche und ihre pädagogische Bedeutung

In der schon erwähnten Essener Studierendenstudie sind wir auch der Bedeutung von Gedenkstättenbesuchen nachgegangen. Wir haben es in unserer Befragung mit Bedacht vermieden, nach dem »Lernerfolg« von Gedenkstättenbesuchen zu fragen. Wir haben sehr zurückhaltend gefragt, ob und gegebenenfalls mit wem die Studierenden schon einmal eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht haben, ob der Besuch vorbereitet wurde und wie wichtig dieser Besuch für die Studierenden im Rückblick gewesen ist.

Immerhin 49 Prozent der Studierenden haben schon (mindestens) einmal eine Gedenkstätte besucht (Abbildung 6), wobei die Schule in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielt, denn mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Gedenkstättenbesuche fand unter schulischer Regie statt. Anders gerechnet: Es hat zwar längst nicht jeder, wie es Wolfgang Clement einmal forderte (vgl. »Westdeutsche Allgemeine Zeitung« vom 4. September 2000), aber doch immerhin jeder Dritte (33 Prozent) mit der Schule eine Gedenkstätte kennengelernt. Doch auch unabhängig von der Schule hat sich ein Viertel (24 Prozent) der befragten Studierenden eine Gedenkstätte angesehen, häufiger mit Eltern und Verwandten (9 Prozent), mit Freunden (6 Prozent) oder mit einer Jugendgruppe (5 Prozent), nur selten allein (2 Prozent), im Rahmen einer Bildungsveranstaltung (2 Prozent) oder im Studium (1 Prozent).

Die verbreitete Kritik, Lehrer würden es sich oft zu einfach machen und ohne Konzept und Vorbereitung mit ihren Schülerinnen und Schülern zu Gedenkstätten fahren, ohne

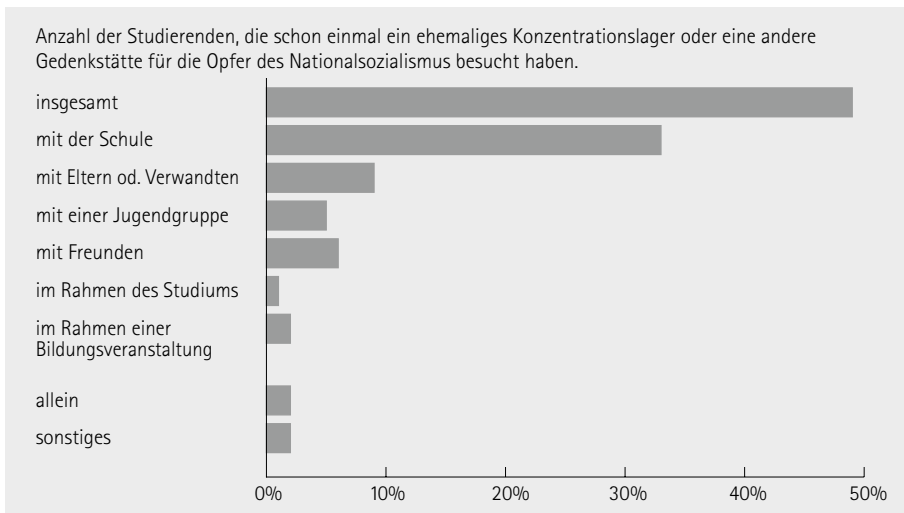


Abbildung 6:
Gedenkstättenbesuche

solche Exkursionen in den Unterricht einzubinden, kann unsere Untersuchung nur zum Teil bestätigen. In der Tat wurden 35 Prozent der schulischen Gedenkstättenbesuche »eher knapp« und 11 Prozent sogar »überhaupt nicht« vorbereitet. Gut die Hälfte (54 Prozent) der Studierenden, die mit der Schule eine Gedenkstätte besucht haben, gibt allerdings an, der Besuch sei »ausführlich« vorbereitet worden.

Eindeutig bestätigen können wir dagegen, dass die Wirkung eines Gedenkstättenbesuchs wesentlich von seiner Vorbereitung abhängt. Angesichts des sehr unterschiedlichen Charakters verschiedener Gedenkstätten und der Tatsache, dass der Besuch zum Teil schon recht lange zurückliegt, hatten wir die Studierenden um eine eher summarische Bewertung gebeten. »Wenn Sie«, so hatten wir gefragt, »jetzt noch einmal über den Besuch der Gedenkstätte(n) nachdenken, war er für Sie wichtig oder war er eher unwichtig?«

Die Antworten der Studierenden unterstreichen zunächst die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit. Von den Studierenden, die eine Gedenkstätte besucht haben, schätzen nur 0,6 Prozent (sechs Studierende) den Besuch als »völlig unwichtig« ein, für 14 Prozent war er »eher unwichtig«. Dagegen antworten 46 Prozent mit »ziemlich wichtig« und 39 Prozent mit »sehr wichtig«. Dieser Befund ist weitgehend unabhängig davon, welche Gedenkstätte besucht wurde und mit wem. Deutlich ist dagegen der Einfluss der Vorbereitung, insbesondere bei schulischen Veranstaltungen (Abbildung 7). Von den Gedenkstättenbesuchen, die ausführlich vorbereitet wurden, werden 47 Prozent als sehr wichtig und nur 8 Prozent als eher unwichtig beurteilt, während von den unvorbereiteten Besuchen 32 Prozent als (eher) unwichtig und nur 25 Prozent als sehr wichtig angesehen werden.

Man muss diesen letzten Befund als Hinweis lesen, dass Gedenkstättenbesuche – von stets möglichen pädagogischen »Aha-Erlebnissen« abgesehen – nur im Kontext verschiedener pädagogischer Interventionen, vor allem längerfristig angelegter historisch-politischer Bildung, sinnvoll sind und »wirken«. Als Sofortmaßnahme gegen Schlussstrich-Mentalität, antisemitische oder fremdenfeindliche Vorurteile, gegen rechtsextreme Gesinnung gar wie es mancher Politiker meint und wünscht, taugen Gedenkstättenbesuche nicht. Man kann aus dem Befund aber auch – zur professionellen Ermutigung gewissermaßen – den Schluss ziehen, dass eine solide Exkursionsvorbereitung in der Schule für die Bedeutung, die die Schülerinnen und Schüler dem Gedenkstättenbesuch beimessen, wichtig ist.

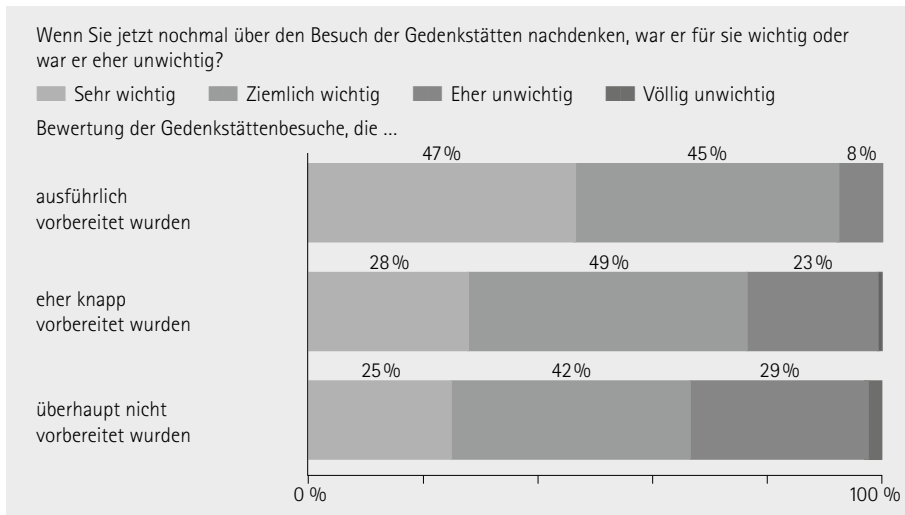


Abbildung 7:
Bewertung schulischer
Gedenkstättenbesuche

Ich will nun die Empirie – meist macht man das ja umgekehrt – mit einer persönlichen, für mich sehr wichtigen Erfahrung als Lehrender bestätigen. Es war das dritte oder vierte Mal, dass ich mit einem Seminar im Rahmen des erwachsenenpädagogischen Diplomstudiengangs, den es damals noch gab, für eine Woche in die Gedenkstätte Buchenwald gefahren bin. Wie immer wurde dieses »Buchenwald-Seminar« in einer wöchentlich durchgeführten Veranstaltung vorbereitet, Erinnerungspolitik und -Kultur und Gedenkstättenpädagogik wurden da in der Regel ebenso thematisiert, wie die Nachbarschaft von Weimar und Buchenwald etwa und nicht zuletzt didaktische, gedenkstättenpädagogische Grundfragen. Dieses eine Mal, an das ich mich mehr als gut erinnere, lief die Vorbereitungsveranstaltung eher schleppend, die Studierenden schienen zumindest nicht ganz bei der Sache zu sein, wenig oder doch weniger interessiert; die Bereitschaft, Arbeiten und Referate zu übernehmen, gar den Bibliotheksapparat zum Thema intensiv zu nutzen, schien mir, um es vorsichtig auszudrücken, wenig ausgeprägt. Ich zweifelte an mir und meinem didaktischen Geschick ebenso wie an der Studierfähigkeit der Studierenden, fuhr dann aber, ehe ich mich zu forschenden Klagegesängen hinreißen lassen konnte, wie geplant, am Semesterende nach Buchenwald. Und dort erlebte ich ein ganz anderes Seminar und ganz andere Studierende: interessiert, wissbegierig, klug zuhörend, fragend und diskutierend und vor allem in der Bibliothek lesend, bis tief in die Nacht.

Was der schulische und universitäre Alltag – nach der Einführung der unsäglichen BA- und MA-Studiengänge wohl noch potenziert – an trostlosen, ja furchtbaren Defiziten mit sich bringt, kann der Lernort Gedenkstätte, wenn er als Lernort so ernst genommen und ernsthaft »betrieben« wird wie in Buchenwald und in vielen anderen Gedenkstätten, mehr als nur kompensieren. Gedenkstätten, stets zum Sprechen zu bringende authentische Orte, auch da noch authentisch, wo sie, in gutem Sinne, Geschichtsmuseen geworden sind, können eben in besonderer Weise Informationen und Betroffenheit, Erkenntnis und Empathie, Wissen und Weinen zusammenbringen – gerade das letzte meine ich ganz ernst und ganz pathetisch! Didaktisch sachlich könnte man das, was am Lernort Gedenkstätte passieren kann und was ihren ganz spezifischen Charakter dann auch ausmacht, als »reflektierte Betroffenheit«, als »erfahrende, erlebende Aneignung von Wissen«

bezeichnen, als »emotionale Erkenntnis« und »emotionales Lernen«, letzteres freilich nicht nur, wie weithin üblich, als eine bloß methodisch geschickte oder gruppendynamisch ausgerichtete Lernform missverstanden. Interessanterweise verdanken wir einem bestimmten Strang der mehrheitlich eher positivistisch ausgerichteten Hirnforschung, die ja in der aktuellen bildungspolitischen Debatte Konjunktur hat, die Bestätigung eben jener, der Psychoanalyse schon länger vertrauten These, dass nämlich Emotion, Erinnerung und Wissen ganz eng zusammen gehören, und zwar grundsätzlich, und nicht nur in der historisch-politischen Bildung. »Es wird nichts«, so hat Harald Welzer eines der zentralen Forschungsergebnisse formuliert, »vom Kurzzeitgedächtnis ins Langzeitgedächtnissystem transformiert, was nicht in irgendeiner Form emotional bedeutsam für das sich erinnernde Individuum wäre.« (Welzer 2007, S.3 f.; vgl. auch Welzer 2002). Emotionale Erkenntnis und emotionales Lernen aber – ich komme zum Schluss – mögen, das zeigen viele Erfahrungen, noch immer am Besten gelingen im didaktischen Zusammenspiel von Gedenkstätten und Schule, außerschulischer Bildung oder Universitäten.

Prof. Dr. Klaus Ahlheim lehrte bis 2007 politische Erwachsenenbildung an der Universität Duisburg-Essen. Er lebt heute in Marburg und Berlin.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. 1970, Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969, Frankfurt/Main
- Ahlheim, Klaus 1993, Kopf und Bauch. Argumente für Wissensvermittlung und Erkenntnis in der politischen Bildung (= Polis. Schriftenreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung Heft 5), Wiesbaden
- Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo 2003, Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerens, 2. Aufl. Schwalbach/Ts.
- Bauman, Zygmunt 1989, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992
- Fehrle, Brigitte 2006, Köhler-Rede. Keinem weh und niemand wohl, in: Frankfurter Rundschau vom 22.9., S.3
- Lenzen, Dieter 2001, Veränderung als Pflicht, in: Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, Heft 3, S.2
- Negt, Oskar 1990, Überlegungen zur Kategorie »Zusammenhang« als einer gesellschaftlichen Schlüsselqualifikation, in: Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung Nr.26, S.11–19
- Rook, Helmut 2004, Der Ort allein wirkt nicht – Erfahrungen aus der Gedenkstättenpraxis, in: Klaus Ahlheim u.a. (Hg.), Gedenkstättenfahrten. Handreichung für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen, S.110ff., Schwalbach/Ts.
- Welzer, Harald 2007, Emotion und Lernen, http://www.lvr.de/JUGEND/kindergarten/arbeitshilfen/emotionen_als_basis_des_lernens.pdf; Zugriff am 14.4.2008
- Welzer, Harald 2002, Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie des Erinnerens, München

* Vortrag im Rahmen des Multiplikatorenseminars »Weinen bildet nicht! Neue Methoden historisch-politischer Bildungsarbeit« vom 17. bis 19. April 2008 in der Gedenkstätte Buchenwald

Eine Geschichte der Hachschara

Herbert Fiedler

Unmittelbar vor der Haustür der märkischen Kleinstadt Trebbin und dem heute zur Großgemeinde Nuthe-Urstromtal gehörenden Ortsteil Ahrensdorf befand sich in den Jahren der Naziherrschaft eine der bedeutendsten Stätten jüdischen Lebens im südlichen Brandenburg. Im Sommer 1936 schufen hier Jungen und Mädchen des jüdischen Pfadfinderbundes Makkabi Hazair eine Hachschara-Stätte, das Landwerk Ahrensdorf. Die Hachschara, das war die soziale, beruflich-praktische und kulturelle Vorbereitung auf ein Leben in diesem fernen Land Palästina. Alles sollten sie erlernen, was sie für diese Wüsten- oder Sumpffregionen Palästinas wissen und können mußten. Auch die Sprachen Englisch und Hebräisch gehörten dazu, Palästinakunde und jüdische Geschichte. In der praktischen Ausbildung wurde faktisch vieles von dem erlernt, was in einer Kibbuz-Wirtschaft vonnöten war: Pflanzenzucht und Gemüseanbau, Baumzucht und Baumpflege, Rinder-, Ziegen- und Schafhaltung. Aber auch der Umgang mit Pferden und die Hühner- und Gänsehaltung gehörten dazu. Eigene Werkstätten schufen sie sich für Elektriker-, Schlosser- und Tischlerarbeiten. Diese waren vorrangig den Jungen vorbehalten. Damit entstand für mehr als dreihundert jüdische Kinder und Jugendliche eine Stätte zur Vorbereitung der Aussiedlung nach Palästina.¹

Hachschara – was war das?

Hachschara sollte durch eine aktive Vorbereitung und Ausbildung in dieser Stätte Wirklichkeit werden. Und so wuchs hier im »Jagdschlösschen Berdotaris« das große Bemühen jüdischer Institutionen zur Rettung jüdischen Lebens vor der herannahenden Shoa. Aus fast allen Teilen Deutschlands kamen die 14 bis 16-jährigen Mitglieder des Jugendbundes Makkabi Hazair über Berlin und Trebbin mit der Bahn und dann weiter zu Fuß nach Ahrensdorf.



Texttafel der
Erinnerungsstele vor
der ehemaligen
Hachschara-Stätte
Foto: Manfred Stenzel,
Luckenwalde



1937: Und immer gehörten
Lieder zur Hachshara
Foto: Shlomo Tamir, Maayan Zvi



1940: Mit der »Lagerkutsche«
unterwegs
Foto: Tilla Offenberger, Haifa



1939: Am Lagertor – Teilnehmer
der Sonderhachschara Nr. 1 vor
dem Abschied aus ihrer
Hachschara in Ahrendorf
Foto: Tilla Offenberger, Haifa



1940: Eine Gruppe von Ahrens-
dorfer auf der Donau
Foto: Koemi Kodron, Nabanya

60 Plätze für Jungen und 20 für Mädchen mussten in dem seit mehreren Jahren ungenutzten Jagdschlösschen im Sommer 1936 erst für einen längeren Aufenthalt eingerichtet werden. Das mussten die ersten Ankömmlinge alles selbst bewerkstelligen. Ihr erstes großes Werk also. Deshalb nannten sie sich auch die Pioniere von Ahrendorf, wie die Überlebenden sich bis heute noch in Erinnerung haben.

Stadtkinder waren sie alle. Sie kamen aus Berlin und Breslau, aus Köln und Kattowitz, aus Leipzig und Neutrebbin, aus Stettin, Saarlautern oder aus Ratibor und vielen anderen Städten. Hier wollten sie sich vorbereiten für einen Weg, der sie aus Deutschland herausführen sollte.

32 solcher Hachschara-Stätten gab es in Deutschland noch bis Mitte der 30er Jahre, 13 davon in Brandenburg. Das große Ziel ihrer Hoffnung war Palästina, damals noch englisches Mandatsgebiet. Viele der »Ahrendorfer Mädchen und Jungen«, so nennen sie sich noch heute, nannten ihre Hoffungsstätte »Brücke zum Leben«. Das war Ahrendorf auch für den größten Teil von ihnen, die den Weg, legal oder auch illegal, aus Deutschland heraus schafften. Die Mädchen mussten sich mit den Fragen der Versorgung einer Familie beschäftigen.

Ein Haus im Wald

Mehr als fünf Jahre nannten jüdische Mädchen und Jungen die Hachschara-Stätte Ahrendorf ihre Familie und ihr Zuhause. Sie lebten hier unter einfachsten, teilweise unter primitiven Verhältnissen. Bis zu 40 Jungen hatten in einem Raum von 12x12 qm ihre Schlafplätze. Aber das alles war wohl auch so gewollt. Es war ein Teil der persönlichen Vorbereitung und Anpassung an die zu erwartenden harten Lebensbedingungen in Palästina.

War das eigentliche Ziel der Hachschara die praktische und geistige Vorbereitung für ein neues selbst gestaltetes Leben, so entsprach das Leben im Landwerk Ahrendorf in den ersten drei Jahren seiner Existenz ganz dieser Aufgabe. Es war auf die Verwirklichung eines Lebens in einem Kibbuz ausgerichtet. Hier versuchten sie, weitgehend abgeschirmt vom wachsenden Terror gegen alles Jüdische in den Städten Deutschlands, einen neuen Lebensinhalt zu finden. »Wir lebten hier wie in einer bunten schillernden Seifenblase«, erinnern sich viele der Überlebenden von damals.

Der immer stärker werdende antijüdische Terror machte sich auch gegen die Hachschara-Stätte bemerkbar. Hans Gattel, einer der Chawerim² in Ahrendorf, berichtete darüber in einem Brief an den Autor: »Es gab zwei Ahrendorf: Da war das Ahrendorf der Jahre 1936 bis etwa 1939. Eine freundliche Insel im Nazideutschland, vorzüglich geleitet von Hans Winter, einem hervorragenden Organisator des Jüdischen Pfadfinderbundes. Mit wenig Geld, spartanisch lebend und den Werten der Jugendbewegung treu ergeben. Voller Hoffnung auf eine neue lebenswerte Zukunft – eben eine freundliche Insel in einer feindlichen Umgebung. ...und es gab die Hachschara-Stätte Ahrendorf der Schlussphase und der Auflösung, also die Zeit von 1940 und 1941. Die Bevölkerung des Dorfes verschloß sich uns, kein freundliches Wort, keine wärmende Geste mehr. Der Hass schlug nun auch auf uns ein. Fast übermenschlich waren die Anstrengungen, das Essen für 70, 80 immer hungrige Mädchen und Jungen zu beschaffen. Die Freude erstarb nun auch bei uns am Hunger und mit der fast greifbaren Ausweglosigkeit. Die Abgeschlossenheit der freundlichen Insel entwickelte sich auch in Ahrendorf zum Ghettodasein. Und das Schlimmste: Es ging manchen von uns die Hoffnung verloren.«³

Schicksale

Im Sommer 1941 wurden alle Hachschara-Stätten in Deutschland geschlossen. Bei einigen vollzog sich der Prozeß bereits im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom von 1938. Für die letzte Gruppe der im Sommer 1941 noch im Landwerk Ahrensdorf lebenden 14- bis 18-jährigen Mädchen und Jungen begann nun der Schreckensweg der Deportation über das Sammellager Neuendorf auf dem Sande, bei Fürstenwalde. Eine kleine Gruppe von ihnen wurde nach Aufräumungsarbeiten in Ahrensdorf in das Sammellager Paderborn verbracht.

Aus Neuendorf und Paderborn führte schließlich der Schreckensweg im April 1943 über Berlin mit dem 14. Osttransport nach Auschwitz: für die Mädchen nach Auschwitz-Birkenau und für die Jungen nach Auschwitz-Monowitz. Sie wurden in den Buna-Werken der IG-Farben zur Arbeit gezwungen.

Die Suche

Von den 32 damals registrierten Hachschara-Stätten ist nur eine in ganz Deutschland in ihrer ursprünglichen baulichen Originalität erhalten geblieben: Die ehemalige Hachschara-Stätte Landwerk Ahrensdorf.

Damit war die Chance gegeben, hier eine Stätte der Aufbewahrung und der Begegnung für den gesamten deutschsprachigen Raum zu schaffen. Dieser Zielstellung fühlte sich die Gemeinde Nuthe-Urstromtal und der »Förderverein für eine Internationale Begegnungsstätte Hachschara – Landwerk Ahrensdorf« verpflichtet. Entstanden aus Recherchen eines engagierten Regionalforschers und der Unterstützung eines Freundeskreises, führte der Weg schließlich 1993 zur Bildung eines Fördervereins. Ihm gehören 52 Mitglieder aus Deutschland, Israel und Schweden an. Juden und Nichtjuden haben zusammengefunden. Er besteht aus ehemaligen Hachschara-Teilnehmern, engagierten Hobbyforschern in verschiedenen Regionen und anderen interessierten Bürgern.

Die nun schon über 15-jährigen Forschungsbemühungen brachten die Hachschara-Geschichte wieder in die gesellschaftliche Erinnerung zurück. Die langjährige Such- und Forschungsarbeit erstreckte sich über Israel, Polen, Tschechien, Österreich, Schweden und Deutschland bis in die Archive der USA.

Den größten Erkenntnisreichtum zur Geschichte der Hachschara-Stätte Landwerk Ahrensdorf und der Schicksale der Menschen vermittelten die Überlebenden dieser Geschichte selbst. Es war ein großes Erlebnis, sie persönlich in ihren neuen Lebensstätten in Israel, in Schweden oder hier in Deutschland kennen zu lernen und ihre Aussagen zu ihren Lebens- und Leidensgeschichten zu hören.

Die Materialien über die Hachschara-Stätte Ahrensdorf umfassen mehrere Publikationen, vier umfangreiche Ausstellungen und eine Videodatei mit Lebensberichten von 64 Überlebenden sowie ein Fotoarchiv mit über vierhundert Bildern aus den Jahren von 1936 bis 1941 allein von der Hachschara-Stätte Ahrensdorf.

Eine würdige Erinnerungsstele am Platz der ehemaligen Stätte erinnert an sie. Durch den Förderverein wurden bisher weit über einhundert Gespräche und andere Veranstaltungen mit Schülern und Studenten durchgeführt. Die Arbeit mit Schüler-Projekt-Gruppen gehörte bisher ebenfalls zum festen Programm des Fördervereins.

Umfaßte das Ausbildungsprogramm in Ahrensdorf der ersten beiden Jahre noch einen geplanten Zeitraum von jeweils zwei Jahren, so verringerte sich die Aufenthaltsdauer in den folgenden drei Jahren zunehmend. Ein Jahr, fünf oder sechs Monate oder

für manche dann sogar nur acht Wochen lang dauerte der Aufenthalt. Gab es eine Chance, ein Palästina-Zertifikat zu erhalten oder mit einer halblegalen Aliya-Gruppe auf den Weg zu gehen, dann wurde er genutzt.

So kamen in den Jahren 1939 und 1940 Ahrensdorfer Jungen und Mädchen mit den halblegalen Aliya-Gruppen der Sonderhachschara⁴ auf diesem Weg aus Deutschland heraus.

Der Transport der Sonderhachschara 7 endete schließlich auf dem Dampfer »Patria« mit einer Katastrophe im Hafen von Haifa⁵.

Dem Transport der Sonderhachschara 5 wurde bereits in Jugoslawien die Weiterfahrt verwehrt – bis die deutsche Wehrmacht sie im Mai 1941 einholte. Als angebliche Vergeltungsmaßnahme für den Kampf jugoslawischer Partisanen wurden fast 1000 Teilnehmer dieses Transportes als Geiseln ermordet. Darunter befand sich auch eine Gruppe Ahrensdorfer Jungen und Mädchen.⁶

Die langjährigen Forschungen brachten schließlich den Nachweis: Von den ermittelten 302 Mädchen und Jungen konnten 168 vor der herannahenden Shoa nach Palästina, England und Schweden gerettet werden. Für 75 von ihnen waren die Rettungswege verschlossen. Sie wurden nach Auschwitz, Theresienstadt, Riga, Majdanek deportiert. Nur 37 von ihnen überlebten die Verfolgung. Von weiteren 59 Jugendlichen fehlt noch immer jede Spur. Ihre Vornamen und Namen sind bekannt. Weitere Recherchen können deren Schicksal eventuell klären⁷.

Eine Dauerausstellung

Bei seinen Bemühungen fand der Förderverein vielfältige Hilfe, Unterstützung und Förderung beim Landkreis Teltow-Fläming und bei der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, bei den Ministerien für Bildung und Kultur des Landes Brandenburg, bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung Stuttgart, bei der KulturStiftung Teltow-Fläming der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam und bei der Ostdeutschen Sparkassenstiftung.

Der Vorstand des Fördervereins beschloss 2006 die Exponate der bisherigen vier Wanderausstellungen zu einer Dauerausstellung zusammenzufassen.⁸ Das Vorhaben fand die Zustimmung der Gemeindevertretung Nuthe-Urstromtal und so stellte die Stadt Trebbin hierfür die Räumlichkeiten im Schulgebäude des ehemaligen Gymnasiums zur Verfügung.

Die Dauerausstellung »Einblicke zur Hachschara – Das Landwerk Ahrensdorf 1936–1941. Eine Brücke zum Leben« befindet sich heute im Schulgebäude Trebbin, Goethestr. 1. Die Dauerausstellung wird von einer Gedenkstätten-Lehrerin, die vom Ministerium für Bildung beauftragt ist, betreut.

Anfragen und Voranmeldungen

Doris Kieback

Erreichbarkeit: Donnerstags, 9–18 Uhr

Goethestraße 1, Trebbin

Telefon (033731) 10311

Dr. Herbert Fiedler, Volkshochschuldirektor i.R., hat den Kontakt mit den Überlebenden der Hachschara-Stätte in Ahrensdorf aufgebaut, die Geschichte der Hachschara erforscht und Ausstellungen sowie mehrere Publikationen dazu erarbeitet.

Literaturverzeichnis

Borinski, Anneliese-Ora: Erinnerungen 1940–1943, Verlag G. Wagner, Nördlingen

Schwersenz, Jizchak: Die versteckte Gruppe, Wichern-Verlag, Berlin 1988

Bejarano, Esther: Man nannte mich Krümel, Auschwitz-Komitee Deutschland, Hamburg 1991

»Wer hätte das geglaubt!« Erinnerungen an die Hachschara und die Konzentrationslager, Hrsg. Ev. Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau. 1998

Paetz, Andreas/Weiss, Karin, Hrsg.: »Hachschara«, Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1999

Fiedler, Herbert: Träume und Hoffnungen. Buchkassette mit 7 Einzelheften, Hrsg. Förderverein...Hachschara, Eigenverlag 1998

Fiedler, Ruth und Herbert: Hachschara – Schicksalswege – Vorbereitung auf Palästina. Schriftenreihe des Centrum Judaicum; 3. Berlin 2004.

- 1 Die Jungen und Mädchen konnten Deutschland mit einer Ausreiseerlaubnis von einer zuständigen staatlichen Stelle – meist war das eine Dienststelle der Gestapo – in ihrem bereits mit dem Kennzeichen»K« versehenen Pass verlassen. Diesen Genehmigungsstempel erhielten sie nur, wenn sie ein Einreisevisa für ein anderes Land vorweisen konnten. Für Palästina hieß das, ein Palästina-Zertifikat.
Das Palästina-Zertifikat wurde von der britischen Mandatsbehörde ausgestellt und über die Berliner Vertretung der Reichsvereinigung der Juden als offizielles Einreisedokument für Palästina verteilt. Alle mit den Sonderhachschara-Transporten 1 bis 7 auf den Weg der Alija gehenden Gruppen hatten aber dieses ordentliche Einreise-Zertifikat nicht. Für sie hatten jüdische Organisationen fingierte Einreisepapiere, z.B. für Paraguay besorgt, die sie dann den deutschen Dienststellen vorlegen konnten. So versuchten sie legal aus Deutschland auszuwandern, aber die »Einreise« nach Palästina war illegal und die englische Mandatsbehörde versuchte, diese illegale Einreise gewaltsam zu verhindern.
- 2 Chawerim (hebräisch Chawer/Chawera) für Gefährte, Genosse oder Kamerad. So nannten sich die Teilnehmer der Hachschara.
- 3 Hans Gattel, ein Junge aus Breslau, war 1938–1939 in der Hachschara-Stätte Ahrensdorf. Er hatte das Glück, 1939 über die Zwischenstation in der Hachschara-Stätte »Ellguth« mit dem illegalen Transport der SH 7 nach Palästina zu gelangen. Er überlebte dabei die Katastrophe mit der »Patria« im Hafen von Haifa. Heute wohnt er in einem Seniorenzentrum in Tel Mond.
- 4 Nachdem die britische Regierung ihre Einwanderungspolitik für Palästina verschärft und die Erteilung von Einwanderungszertifikaten wesentlich reduziert hatte, gewann der Weg der »Alija Beth«, der illegalen Einwanderung, immer mehr an Bedeutung. Jetzt erhielten die Transporte von Flüchtlingen die Tarnbezeichnung »Sonderhachschara«. Die aus Deutschland organisierten illegalen Transporte erhielten die Kennzeichnung SH 1–SH 7.
- 5 Das Schiff »Patria« war von der britischen Mandatsbehörde in ein Gefängnisschiff umgewandelt worden und sollte illegale Flüchtlinge, die unter großen Entbehrungen nach Israel gekommen waren, auf die Insel Mauritius bringen. Um dies zu verhindern, wollte die jüdische Widerstandsgruppe Haganah das Schiff am 25. November 1940 seeuntauglich machen. Durch die starke Bombenwirkung sind etwa 260 Menschen ums Leben gekommen.
- 6 Die Geschichte der Sonderhachschara 5 mit dem schrecklichen Ende 1941 in Kladowo (Jugoslawien) wurde erst sehr spät entdeckt und erforscht. Zwei Ahrensdorfer Mädchen berichteten als Überlebende 1996 in Israel hierüber. Sie erlebten zwei Tage vor dem gewaltsamen Zugriff durch die deutsche Wehrmacht das große Wunder, noch Zertifikate für ein Weiterkommen über die Türkei und den Libanon nach Palästina zu bekommen. Beide waren gerade 17 Jahre alt geworden.
- 7 Nach dem aktuellen Forschungsstand (Dezember 2007) läßt sich zahlenmäßig über den Verbleib Folgendes aussagen: Auswanderung nach Palästina 137, Auswanderung nach Schweden 19, Auswanderung nach England und Dänemark sowie den USA 12, Überlebende von Deportationen nach Auschwitz und Theresienstadt 37, ermordet in Auschwitz 10, eine Zahl von 7 Deportierten nach Auschwitz, deren Verbleib unbekannt ist, umgekommen in Deutschland und in Riga oder Majdanek 15, ermordet in Jugoslawien 6. Weitere »Ahrensdorfer«, deren Verbleib unbekannt ist, 59.
- 8 Die bisherigen Ausstellungen befanden sich in Luckenwalde, in Ruhlsdorf, in Potsdam, in Blankensee, Dahme und Bad Salzuflen. Insgesamt haben über neuntausend Besucher die Ausstellung besucht.

Das Städtische Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg in Berlin-Lichtenberg

ZUR GESCHICHTE UND GEGENWART EINES VERGESSENEN ORTES
DER VERFOLGUNG VON ›ASOZIALEN‹ IN DER NS-ZEIT

Thomas Irmer, Barbara Reischl und Kaspar Nürnberg

Noch existieren am historischen Ort im Berliner Bezirk Lichtenberg umfangreiche bauliche Überreste des einstigen Arbeitshauses Rummelsburg. Abseits gelegen, an der Ausfallstraße nach Köpenick, zeugen sie jedoch in keiner Weise mehr von ihrer Funktion für die nationalsozialistische »Sozialpolitik«, die sich in ihrem Kern mit einer »hoheitlichen Zuteilung von Lebenschancen«¹ beschreiben lässt. Die Aufarbeitung der Geschichte von Arbeitshäusern variiert stark: von eklatanten Forschungslücken, wie sie für den Berliner Raum charakteristisch sind, bis hin zu detaillierten Regionalstudien, wie sie beispielsweise für die ehemaligen Arbeitshäuser Breitenau und Benninghausen bestehen.

Ursprung und Funktion von Arbeitshäusern

Tatsächlich reichen die Ursprünge der Arbeitshäuser in Deutschland bis in das 17. Jahrhundert zurück. Entstanden sind sie im Übergang von mittelalterlich feudalen zu frühneuzeitlichen Gesellschaftsformationen. Sie markieren die Institutionalisierung eines umfassenden Prozesses, der als soziale Disziplinierung von neu entstehenden subproletarischen Schichten beschrieben werden kann, und werden so zu einer typischen Erscheinung staatlich gesteuerter Armenfürsorge. Ihre keineswegs lineare Geschichte findet in der Bundesrepublik erst mit ihrer Abschaffung Ende der 1960er-Jahre einen Abschluss, in der DDR werden noch in den 1980er-Jahren Menschen wegen ›Asozialität‹ in den damaligen Ost-Berliner Strafvollzugsanstalten Rummelsburg und Grünau inhaftiert.

Faktisch wiesen Arbeitshäuser immer einen ambivalenten Doppelcharakter auf. Einerseits galten sie als ›polizeiliche Arbeitserziehungs- oder Korrektionsanstalten‹, andererseits sollten sie für Zwecke der Armenfürsorge eingesetzt werden.² Somit wurde im Unklaren gelassen: Sollten sie ein Ort ›strenger Erziehung‹ sein, in dem soziale Außenseiter durch Arbeitszwang ›gebessert‹ werden. Oder eine reine Disziplinierungs- und Strafanstalt für abweichendes Verhalten? Oder etwa ein Asyl, um bestimmte Gruppen vor einer Gefängnisstrafe zu bewahren, gar Ungelernte und Arbeitslose zu qualifizieren? Oder von allem etwas? Festhalten lässt sich, dass in der historischen Rückschau der Disziplinierungs- und Strafcharakter gegenüber sozialen Außenseitern immer überwog. In den Arbeitshäusern wurde«, so resümiert etwa Elisabeth Elling-Ruhwinkel, »wie in einem Focus der untere Rand der Gesellschaft sichtbar: Wer hier landete, war durch eine Lebens- und Verhaltensweise auffällig geworden, die mit zentralen Normen der Arbeitsamkeit kollidierte und die im 20. Jahrhundert zunehmend als ›asozial‹ bezeichnet wurde.«³

Ein eindringliches Beispiel für die gesellschaftliche Zurichtung zu ›Asozialität‹ lässt sich anhand des Begriffs der Prostitution entwickeln. Denn die Bezeichnung einer Frau als Prostituierte war nicht nur eine reine Berufsbezeichnung. Vielmehr handelte es sich

um eine über die Prostitution hinausgehende wirkmächtige Stigmatisierung all jener Lebensentwürfe, die als abweichend von den gesellschaftlich vorgegebenen Frauenrollen wie Ehefrau und Mutter begriffen wurden. Obwohl Prostitution im gesamten 19. Jahrhundert und auch in der Folgezeit nie verboten, sondern u.a. aufgrund der Militarisierung und des hinausgezögerten unehelichen Lebenswandels junger Männer zu einem Massenphänomen wurde, galten von der Norm abweichende Frauen als ›unehrenhaft, liederlich und sexuell verwahrlost‹ und zudem auch noch als ›Ansteckungsgefahr‹.⁴ Diese medizinische und moralische Brandmarkung wurde in der NS-Zeit 1934 um die sozialpsychologische Diagnose ›moralischer Schwachsinn‹ erweitert. Damit drohte endgültig allen Abweichterinnen die staatlich verordnete Zwangssterilisation und Zwangsverwahrung in einem Arbeitshaus.⁵

Die Entwicklung vom Kaiserreich bis zur NS-Zeit

Das bis heute weitgehend unerforschte Arbeitshaus Rummelsburg galt von staatlicher Seite bei seiner Erbauung 1877/79 als die ›größte und modernste‹ Einrichtung dieser Art in Preußen und Deutschland. Für die eingewiesenen Bettler und Landstreicher, die sogenannten ›Arbeitsscheuen‹ und die Prostituierten, bedeutete Rummelsburg Freiheitsentzug und Entmündigung durch zwangserzieherische Maßnahmen mit dem staatlichen Ziel der ›Umkorrigierung‹⁶ zu einem ›ordentlichen und arbeitsamen Leben‹. Dass die Insassen von Arbeitshäusern in Preußen bereits im 18. Jahrhundert von Unternehmern als zusätzliches Arbeitskräftepotential in die Manufaktur- und Fabrikarbeit einbezogen wurden, ist in der historischen Forschung unbestritten.⁷ Nach der Einführung des Reichsstrafgesetzbuches 1872 erfolgte die Einweisung in ein Arbeitshaus auch außerhalb Preußens in der Regel durch die Landespolizeibehörden. Grundlage war die gerichtliche Verhängung einer zwischen sechs Monate und zwei Jahre andauernden ›korrigierenden Nachhaft‹ im Anschluss an eine Haftstrafe.⁸

In der (Strafrechts-)Reformdiskussion der Weimarer Republik wurde von verschiedensten politischen Strömungen eine Neuausrichtung der Arbeitshäuser gefordert. Unterschiedlichste Motive und Interessen offenbarten sich seit 1918 in der Debatte um den Bewahrungsgedanken⁹. Der Begriff ›Bewahrung‹ fungierte dabei als Terminus technicus für die ›geschlossene Fürsorge‹. Im Gegensatz zum Freiheitsentzug als Strafe für Gesetzesverstöße sollte es sich um eine Sanktion »auf Grund eines von der gesellschaftlichen Norm tatsächlichen oder nur vermuteten abweichenden Verhaltens«¹⁰ handeln. Einer der Ansatzpunkte war der Versuch der Entkriminalisierung von Prostitution und Vagabondage, jedoch bei gleichzeitiger Sicherung des repressiven Zugriffs auf diese Personengruppen. Ein Teil der Befürworter des ›Bewahrungsgesetzes‹ trat für die Abschaffung der Arbeitshäuser ein, ein anderer hingegen erhoffte sich die Möglichkeit der dauerhaften Internierung derjenigen, die als nicht integrierbar bzw. nicht therapierbar galten oder nicht kooperationswillig waren. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise erstarkten diese autoritäreren Fürsorgekonzepte.

Nachdem die Ideen der Bewahrung in der Weimarer Republik keine gesetzliche Umsetzung gefunden hatten,¹¹ versuchten die zuständigen Stellen ab 1933 – ermutigt durch das Konzept der nationalsozialistischen ›Volkspflege‹ – erneut ein einheitliches ›Bewahrungsgesetz‹ zu verabschieden, obwohl die Zwangsverwahrung de facto vor dem Hintergrund einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung längst durchgeführt wurde. Die Nationalsozialisten versuchten die Funktion von Arbeitshäusern nicht nur

als eine disziplinatorische, sondern als eine absolut repressive festzulegen, die zu einem späteren Zeitpunkt auch die systematische Vernichtung von arbeitsunfähigen Insassen als eine Option mit einschloss. Die Arbeitshäuser bezogen sie in die Verfolgung von »Asozialen« mit ein. Bereits Mitte September 1933 wurden im Rahmen einer vom Reichspropagandaministerium initiierten Großrazzia vermutlich über 100 000 (!) Bettler erfasst. Viele von ihnen wurden verhaftet und in Strafanstalten überstellt, kamen jedoch meist nach sechs Wochen wieder frei. Auch in den Arbeitshäusern stieg die Anzahl der Insassen zu diesem Zeitpunkt sprunghaft an. 1933 wurden die Arbeitshäuser rechtlich in Bezug auf den Arbeitszwang den Zuchthäusern gleichgestellt. Anfang 1934 wurden die gesetzlichen Bestimmungen, die zu einer Einweisung in Arbeitshäuser führen konnten, grundsätzlich geändert. Zwar konnten seit dem 1. Januar 1934 nur noch Gerichte und nicht mehr die Landespolizeibehörden eine Einweisung in Arbeitshäuser anordnen, dafür aber konnten Menschen, die wiederholt in Arbeitshäuser eingewiesen wurden, »solange es der Zweck erfordert«, und somit, so Wolfgang Ayaß, auch lebenslang in Arbeitshäusern festgehalten werden.¹²

Die »Aktion Arbeitsscheu Reich«

Mit der »Aktion Arbeitsscheu Reich« im April 1938 setzte die verstärkte und direkte Einweisung von »Asozialen« in Konzentrationslager ein: Im Frühjahr und Sommer 1938 inhaftierten die Gestapo und die Kriminalpolizei in zwei getrennten Verhaftungswellen reichsweit mehr als 10 000 Männer. Darunter befanden sich Tausende Bettler und Landstreicher. Sie alle wurden in Konzentrationslager verschleppt. Nie zuvor seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten gab es einen so konzertierten und folgenschweren Angriff gegen subproletarische Schichten. Die als »Aktion Arbeitsscheu Reich« bezeichneten Maßnahmen markieren den Höhepunkt in der staatlichen Verfolgung von Menschen, die ohnehin aufgrund ihrer Lebensführung und ihrer materiellen Not bereits als »Asoziale« stigmatisiert wurden. Grundlage für die »Aktion Arbeitsscheu Reich« war der Erlass des Reichsinnenministers Wilhelm Frick zur »Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« vom 14. Dezember 1937, der durch Richtlinien des Reichskriminalpolizeiamtes ergänzt wurde und die Kriminalpolizei ermächtigte, Menschen mit der Begründung »Asozial« in Konzentrationslagern zu inhaftieren.

Festgenommen wurden in erster Linie obdachlose Männer, Alkoholranke, aber auch Väter, die mit Unterhaltszahlungen im Rückstand waren sowie Sinti und Roma. Die einzige angebliche Gemeinsamkeit dieses sehr heterogenen Personenkreises ist in der Behauptung zu suchen, alle seien »arbeitsscheu«, wobei als »arbeitsscheu« Männer im arbeitsfähigen Alter galten, die trotz gesundheitlicher Arbeitsfähigkeit nachweisbar in zwei Fällen angebotene Arbeit abgelehnt oder ohne stichhaltigen Grund wieder aufgegeben hatten.¹³

Die »Aktion Arbeitsscheu Reich« markiert eine Zäsur in der bis dato fürsorglich-autoritär dominierten »Asozialenpolitik«. Waren bis 1938 lokale Fürsorgebehörden federführend für die Verfolgung verantwortlich, so tritt 1938 mit der Reichskriminalpolizei eine Reichsbehörde in Aktion und eröffnet Kommunen und Fürsorgeeinrichtungen die Möglichkeit, missliebige Klienten der Kriminalpolizei zur Einweisung in Konzentrationslager zu melden. Neben der Kostenersparnis war für viele Beamte gerade auch die abschreckende Wirkung auf Personen innerhalb ihres Verwaltungsbezirkes ausschlaggebend.

Arbeitshäuser in Berlin

In Berlin wurde 1701/02 das erste Berliner Arbeitshaus als Teil des Großen Friedrichshospitals auf dem Gelände der heutigen Charité errichtet. Es war Teil eines Krankenhaus-Komplexes, dem nicht nur ein Arbeits-, sondern auch ein Waisen- und ein sogenanntes ›Irrenhaus‹ angliedert waren.

1742 folgte das von Friedrich dem Großen mit 100 000 Talern finanzierte erste eigenständige Berliner Arbeitshaus in der Friedrichstadt, das in einem ehemaligen Zunfthaus der Schlachter-Innung am damaligen Belle-Alliance-Platz 11 am Halleschen Tor in Berlin-Kreuzberg eingerichtet wurde.¹⁴ An der Außenfassade des Zunfthauses befand sich als Gewerbezeichen ein steinerner Ochsenkopf, weshalb das Arbeitshaus von den Insassen auch als ›Ochsenkopf‹ bezeichnet wurde – eine Bezeichnung, die beibehalten wurde, als das Arbeitshaus aus Platzmangel 1758 in ein größeres, eigenes und neuerrichtetes dreistöckiges Gebäude am Alexanderplatz verlegt wurde.

Doch auch am neuen Standort war der ›Ochsenkopf‹ schnell überbelegt. Das dortige Arbeitshaus war für rund 500 sogenannte ›Häuslinge‹ ausgelegt worden. Im Sommer 1769 waren dort 300, 1785 aber schon 1.250 Menschen untergebracht, die im Volksmund aufgrund ihrer schwarzen Arbeitskleidung auch als ›schwarze Husaren‹ bezeichnet wurden. Im Rahmen der Städteordnung von 1818, die die Armenpflege den Kommunen übertrug, wurde das ehemals königliche Arbeitshaus am Alexanderplatz 1820 der neu gebildeten städtischen Armendirektion unterstellt.¹⁵ An seinem Standort in der Alexanderstraße 3–4, wo sich heute das neue Kaufhaus ›Alexa‹ befindet, sollte jedoch Ende des 19. Jahrhunderts das Berliner Polizeipräsidium errichtet werden. Deshalb beschloss die Berliner Stadtverwaltung, das Arbeitshaus schließlich auf ein viel größeres Gelände nach Rummelsburg zu verlegen.

Das Arbeitshaus Rummelsburg

Das zwischen dem Städtischen Waisenhaus und einer Anilin-Fabrik an der Rummelsburger Bucht gelegene Arbeitshaus wurde als Neubau zwischen 1877 und 1879 errichtet und später der Bezirksverwaltung Lichtenberg unterstellt. Es wurde für 1 000 Menschen konzipiert. Die gesamte Anlage bestand aus insgesamt 23 ein- bis viergeschossigen Gebäuden. Um 1885 zählten dazu u.a. Verwaltungsgebäude, Wohnhäuser für Bedienstete, Abteilungen für Männer und Frauen, Wirtschafts- und Versorgungsgebäude, ein Arresthaus, ein Lazarett, eine Leichenhalle, eine Bibliothek und eine Kirche.

Tatsächlich war aber auch Rummelsburg schnell von einer Überbelegung gekennzeichnet. Ende 1887 waren dort 1 437 Männer und 157 Frauen untergebracht. Dieser Umstand führte in der Folgezeit dazu, dass etwa 1 000 weitere Insassen von Rummelsburg in zehn Baracken auf Riesefeldern außerhalb der Stadt in Heinersdorf, Neubereen, Schenkendorf, Falkenberg, Hellersdorf, Malchow, Blankenburg, Wartenberg, Möllersfelde und Rosenthal untergebracht und auf den in den Kreisen Teltow und Niederbarnim gelegenen Riesefeldern zur Arbeit eingesetzt wurden. Mitte der 1920er Jahre ging die Zahl der Insassen auf 920 zurück.¹⁶

Das Arbeitshaus Rummelsburg in der NS-Zeit

Im Juli 1934 errichtete die Berliner Stadtverwaltung in Erwartung des von Fachkreisen geforderten ›Bewahrungsgesetzes‹ eine Bewahrungsanstalt – die erste dieser Art in Deutschland: Das Arbeitshaus Rummelsburg wurde von den Nationalsozialisten in

ein ›Städtisches Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Lichtenberg‹ umgewandelt und der Verwaltung des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes unterstellt.¹⁷ Die Einweisung erfolgte formal freiwillig oder in Fällen der Entmündigung durch den gesetzlichen Vormund. Darüber hinaus diente das ›Bewahrungshaus‹ im Sinn der Reichsfürsorgepflichtverordnung als geschlossene Fürsorgeanstalt und als Asyl für arbeitsunfähige Arbeitshausgefangene. Im Vollzug wurden jedoch zwischen Arbeitshaus und Bewahrung kaum noch Unterschiede gemacht. Die Abteilungen des ›Arbeits- und Bewahrungshauses‹ gliederten sich nach Geschlecht, Alter und Arbeitsfähigkeit, sowie nach ›homosexueller Veranlagung‹ oder der ›Neigung zum Entweichen‹.

Um die in der NS-Ideologie fürsorgeberechtigten ›Arbeitswilligen‹ von den ›Arbeitsunwilligen‹ zu unterscheiden, führten die Bezirkswohlfahrtsämter zum Juli 1935 in allen Berliner Bezirken die Pflichtarbeit ein. Rechtfertigend wurde diese Pflichtarbeit als Gegenleistung der Fürsorgeempfänger an das ›Volksvermögen‹ gewertet und sollte die Betroffenen an ›Arbeit gewöhnen‹ und ›zur Arbeit erziehen‹.¹⁸ Es herrschte Einigkeit darüber, dass jemand, der Pflichtarbeit verweigere, keine Unterstützung verdiene. Diese Personen sollten aus der Gemeinschaft ›entfernt‹ und in Rummelsburg untergebracht werden. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch ein ›Warnsystem‹, das bereits in den Jahren 1933/34 beim Landes-, Wohlfahrts- und Jugendamt Berlin (LWJ) Erprobung fand. Dieses sollte die angeblich ›Asozialen‹ von jeglicher Wohlfahrtsunterstützung ausschließen.¹⁹ Meldungen über Personen, die die Wohlfahrtspflege missbräuchlich in Anspruch genommen hätten, wurden mittels roter Karteikarten an alle Stellen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Berlin weitergegeben. Bis Ende 1934 konnten so allein in Berlin gegen etwa 600 Menschen Verwarnungen ausgesprochen werden. Der nationalsozialistische Kommunalpolitiker Karl Spiewok, damaliger Leiter des Landes-, Wohlfahrts- und Jugendamtes bemerkte zynisch, das Warnwesen führe dazu, dass ›dem Unterzubringenden nur der freiwillige Eintritt in die angebotene Anstaltsfürsorge übrig‹ bliebe.²⁰

Mehrere Arbeitsbesprechungen der Justiz-, Polizei- und Wohlfahrtsverwaltung, sowie mindestens eine vom Landeswohlfahrts- und Jugendamt organisierte Besichtigungsfahrt²¹ ermöglichten schließlich die Systematisierung der Verfolgung durch die Berliner Stadtverwaltung. So wurden 1938 alle Dienststellen verpflichtet, ›Asoziale‹ dem Landeswohlfahrtsamt zu melden. Als ›asozial‹ galt nun, »wer sich wegen eines nicht nur vorübergehenden Zustandes körperlicher, geistiger oder sittlicher Unzulänglichkeit nicht in das freie Gemeinschaftsleben einordnen kann oder will und dadurch das Volk, seine Familie oder sich selbst erheblich schädigt oder gefährdet, insbesondere, wer verwaorlost ist oder zu verwaorlosen droht.«²² Indizien für ›Asozialität‹ waren beispielsweise Gesundheitsmängel und Entmündigung, Unwirtschaftlichkeit, der Zustand der Wohnung oder Trunksucht, ebenso wie Unehelichkeit oder der Aufenthalt in Heimen. Männer wurden in der Regel im Zusammenhang mit Verfehlungen in ihrem Arbeitsverhalten verfolgt, bei Frauen hingegen dominierte der Vorwurf des Fehlverhaltens im Sexual- und Familienleben.

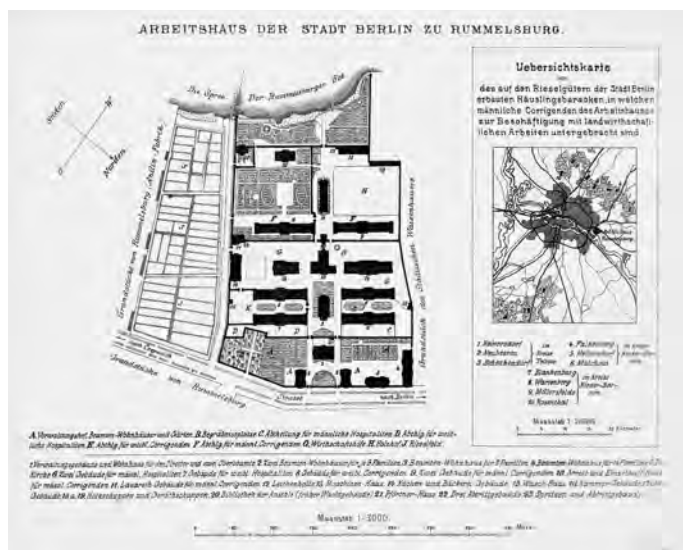
Somit konnten auch Menschen, die nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren, ins Visier der Behörden geraten.²³ Die gemeldeten Personen wurden fortan unter ›vorbeugende Überwachung‹ gestellt; änderten sie ihren Lebensstil nicht, folgte die Einweisung ins Städtische Arbeits- und Bewahrungshaus in Berlin-Rummelsburg, in eine Zweigstelle oder in eine der vom Landeswohlfahrts- und Jugendamt zugelassenen



Lageplan des Arbeitshauses Rummelsburg, um 1885, Quelle: Landesarchiv Berlin

Bewahrungseinrichtungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Obwohl die Nationalsozialisten seit der ›Aktion Arbeitsscheu Reich‹ 1938 verstärkt ›Asoziale‹ in die Konzentrationslager einwies, blieb das Arbeitshaus Rummelsburg ein kommunaler Ort der Zwangsverwahrung. Insassen waren zur Arbeitshaus-Unterbringung verurteilte Bettler und Landstreicher, Frauen, denen sexuelles Fehlverhalten vorgeworfen wurde sowie säumige Unterhaltspflichtige und ›selbstverschuldete Hilfsbedürftige der öffentlichen Fürsorge‹. Im Bewahrungshaus wurden ›arbeitsvermittlungsunfähige Personen‹ über 18 Jahre untergebracht. Darunter fielen ›asoziale Arbeitsfähige‹ und Arbeitsunfähige, die »aufgrund ihres körperlichen, geistigen oder sittlichen Zustandes der geschlossenen Anstaltsfürsorge bedürfen«²⁴. Außerdem wurden in Rummelsburg Sonderabteilungen für Homosexuelle und sogenannte ›psychisch Abwegige‹ eingerichtet.

Bereits 1937 war in Rummelsburg eine neue Hausordnung erlassen worden, die die Regeln gegenüber der alten Ordnung von 1929 deutlich verschärfte und auch auf die sog. ›Bewahrungsfälle‹ ausweitete. Das tägliche Leben war geprägt von streng geregelten Tagesabläufen und Zwangsarbeit. Strikt nach Geschlecht getrennt waren die Menschen in Massenschlafsälen untergebracht und durften nur maximal fünfzehn



einstündige Besuche ihrer Angehörigen im Jahr empfangen. Auch der Briefverkehr unterlag der Zensur und war auf eine Korrespondenz pro Woche beschränkt. Darüber hinaus konnte die Direktion Essensentzug bis zu einer Woche und Arrest bis zu vier Wochen verhängen.²⁵

Zwangsarbeit in Rummelsburg

Auch um die Kosten so gering wie möglich zu halten, wurden die ›Häuslinge‹ zur kontinuierlichen Arbeit gezwungen. Die arbeitsfähigen Männer mussten in den städtischen Forsten, auf den städtischen Gütern und in den großen Werkbetrieben der Anstalt arbeiten: in einer Küche, Bäckerei, Wäscherei, Schuhmacherei, Schneiderei, Tischlerei, Schlosserei, Buchbinderei, Polsterei oder in einer Altstoffsammelstelle. Die Bäckerei und die Wäscherei der Anstalt belieferten mehr als 20 städtische Betriebe und Einrichtungen wie z.B. Krankenhäuser. Darüber hinaus unterhielt das Arbeits- und Bewahrungshaus Außenarbeitsstellen in Birkholz, Joachimshof und dem Stadtgut Ribbeckshorn sowie eine Frauenabteilung in Kleinbeeren.

Auch außerhalb mussten die Rummelsburg-Insassen in zwanzig sogenannten ›Stadtkommandos‹ Zwangsarbeit leisten: dazu zählten elf Arbeitskommandos bei kommunalen Einrichtungen wie dem Bau- und Gartenamt oder der Straßenreinigung, sowie sechs Arbeitskommandos bei städtischen oder privaten Betrieben wie dem Großkraftwerk Klingenberg oder den Firmen Knorr-Bremse und Gast Signalbau. Es gab auch ein Arbeitskommando mit 80 Frauen, die für die Kantinen verschiedener Betriebe Kartoffeln schälen mussten.²⁶

Für die Vermutung von Götz Aly, dass die Insassen aus Rummelsburg Ende 1942 im Rahmen einer Überstellung von Arbeitshaus-Insassen in Konzentrationslager in den Berliner Außenlagern des KZ Sachsenhausen Zwangsarbeit leisten mussten, gibt es bislang kaum Anhaltspunkte.²⁷ Allerdings stehen nähere Untersuchungen zu den Verbindungen zwischen dem Berliner Arbeitshaus und dem KZ Sachsenhausen noch aus.²⁸

Was die Belegungszahlen betrifft, so stieg die Zahl der Insassen von Mitte 1934 bis Mitte 1935 von 932 auf 1191 Personen. Bis Ende 1939 erhöhte sich diese Zahl, unter Einbeziehung der Außenstellen, auf über 2 000, so dass nun auch im Städtischen Arbeitshaus in Rummelsburg, das für eine Aufnahmekapazität von 1 000 Personen erbaut worden war, massive Überbelegung herrschte. Um 1941 wurde für das Arbeitshaus Rummelsburg eine Belegstärke von offiziell 1 850 Plätzen ausgewiesen.²⁹

Bei alliierten Luftangriffen wurden in den Jahren darauf Teile des Gebäudekomplexes beschädigt und Insassen in die Gefängnisse in der Barnim- und der Lehrter Straße verlegt.

Götz Aly hat darauf hingewiesen, dass bereits Anfang Januar 1942 Insassen des Arbeitshauses Rummelsburg in den Blick von ›Euthanasie‹-Gutachtern gerieten. Schon 1941 war eine ›T4‹-Mitarbeiterin aus der hessischen Heil- und Pflegeanstalt Hadamar nach Rummelsburg versetzt worden, um nach eigener Aussage, Akten vorzubereiten, die »sogenannte ›asoziale Elemente‹ ebenfalls zur Vernichtung reif machen« sollten³⁰. Am 12. Januar 1942 führte dann eine Kommission der Reichsarbeitsgemeinschaft eine ›Musterbegutachtung‹ in Rummelsburg nach Aktenlage durch. Grundlage war der Entwurf des sogenannten ›Gemeinschaftsfremdengesetzes‹. 314 Insassen wurden nach der Untersuchung übereinstimmend zur Tötung ausgewählt, bei weiteren 765 hatte sich wenigstens einer der Gutachter ebenfalls für deren Ermordung ausgesprochen.³¹ Diese



Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der ›Aktion Arbeitsscheu Reich‹ auf dem Gelände des ehemaligen Arbeits- und Bewahrungshauses Rummelsburg am 13. Juni 2008, Foto: Nicole Warmbold, Berlin

Pläne wurden jedoch nicht ausgeführt, da der Kommission die Zuständigkeit für die Arbeitshäuser im Frühjahr 1942 entzogen wurde.³² Die genauen Abläufe sind aber noch genauso unerforscht wie beispielsweise die Frage, ob auch Insassen aus Rummelsburg Opfer von Zwangssterilisierungen auf der Grundlage des sog. ›Erbgesundheitsgesetzes‹ wurden, wie dies Detlef Peukert für andere Orte belegt hat.³³

Das Arbeitshaus Rummelsburg 1945 bis heute

Nach Kriegsende wurde Rummelsburg in der SBZ und DDR bis 1951 weiter als Arbeitshaus genutzt, in dem vor allem Frauen, auf Grund der angeblich geringeren Fluchtgefahr, auf dem nicht hinreichend gesicherten Gelände untergebracht wurden. 1951 wurde die Anlage der Volkspolizei unterstellt, zu einer Strafvollzugsanstalt umfunktioniert und im Zuge dessen das Gefängnis in Grünau der Anstalt als Außenabteilung angegliedert.

In Grünau wurden Anfang der 1980er Jahre nach Angaben des MfS mehr als 50 Prozent der Inhaftierten wegen »Asozialität« inhaftiert, in Rummelsburg etwa 13 Prozent. In Rummelsburg wurden außerdem zunehmend wegen Fluchthilfe verurteilte Menschen aus dem Westteil Berlins und Westdeutschland inhaftiert, die später vom Westen freigekauft wurden. Die Inhaftierten in Rummelsburg und Grünau waren gezwungen, für die EAW Treptow, den VEB Leuchtenbau und Rewatex zu arbeiten. Sie mussten unter anderem die Wäsche von verschiedenen Ost-Berliner Hotels waschen.³⁴

In der Nacht vom 7. zum 8. Oktober 1989 wurden in Rummelsburg als einem ›Zentralen Zuführungspunkt‹ der Stasi nach willkürlichen Verhaftungsaktionen auf dem Alexanderplatz und im Bezirk Prenzlauer Berg insgesamt mehr als 260 Menschen in Haft gehalten. Ein Teil der Festgenommenen musste auf dem Gelände in Rummelsburg stundenlang in PKW-Garagen sowie im Freien stehen. Augenzeugen berichten von Demütigungen und gewalttätigen Übergriffen durch das Wachpersonal, gerade auch gegen Frauen.³⁵

Nach dem Fall der Mauer verbrachte Erich Honecker bei seiner ersten Verhaftung Ende Januar 1990 eine Nacht in der Strafvollzugsanstalt Rummelsburg in U-Haft. Im Oktober 1990 wurde das Gefängnis endgültig geschlossen.

Seitdem gab es unterschiedlichste Nutzungskonzepte für den Gebäudekomplex. Der Plan, hier unter der Bezeichnung ›Gerichtsgarten‹ Teile der Berliner Justizverwaltung unterzubringen, scheiterte am Widerstand der Justizangestellten. Später wurde das Gelände auch für Filmdreharbeiten des Regisseurs Detlev Buck genutzt. Anfang 2007 verkaufte die inzwischen nicht mehr existierende landeseigene ›Wasserstadt GmbH‹ einen Großteil des Komplexes an die Berliner Immobiliengruppe Maruhn, die die verbliebenen Gebäude derzeit zu Luxusapartements und Eigentumswohnungen modernisiert.

Seit 2007 bemüht sich der Arbeitskreis ›Marginalisierte – gestern und heute!‹³⁶ mit thematischen Veranstaltungen und Begehungen auf die unsichtbar gemachte Geschichte des Komplexes an der Rummelsburger Bucht aufmerksam zu machen. Anlässlich einer Veranstaltung zum siebzigsten Jahrestag der ›Aktion Arbeitsscheu Reich‹ im Juni 2008 repräsentierte der 78-jährige Bruno S., ein ehemaliges ›Wegwerfkind‹ und Heiminsasse, der der Liquidierung nur zufällig entkam, mit einer musikalischen Darbietung die Seite der Verfolgten. Anschließend sprach u.a. der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch. Die Berliner Wochenzeitung ›Freitag‹ nannte seine Ansprache eine »Verneigung vor den Opfern«. So habe Glietsch die Festnahme und Deportation der ›Asozialen‹ als »legalisierten Staatsterror« verurteilt und im weiteren darauf hingewiesen, wie beschämend reibungslos sich die Kripo mit der Gestapo zur Sicherheitspolizei »verreichlichen« ließ und wie viele Kripoleute sich selbst gleichschalteten.³⁷

Der Kulturausschuss des Bezirks plant in Umsetzung eines Beschlusses der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, die Geschichte des Geländes anhand historischer Informationstafeln vor Ort präsent zu machen. Eine Projektgruppe des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. plant derzeit, gemeinsam mit dem ›Museum Lichtenberg im Stadthaus‹, die Geschichte des Geländes weiter zu erforschen und eine Wander-Ausstellung über das Arbeitshaus Rummelsburg zu erarbeiten, die Anfang 2010 eröffnet werden soll.

Thomas Irmer, Historiker und Ausstellungsmacher, arbeitet zur Geschichte des Elektrokonzerns AEG/Telefunken in der NS-Zeit und hat zu ›Arisierung‹ und Zwangsarbeit veröffentlicht.

Barbara Reischl, Politologin, ist Bildungsreferentin in der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Kaspar Nürnberg, Historiker, ist Geschäftsführer des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

1 Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus (= Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland; 3), Stuttgart 1992, S. 275

2 Adrian, Adolf: Das Arbeitshaus in der deutschen Strafrechtsreform. Ein Beitrag zur Lehre von den Sichernden Maßnahmen, Hannover 1925, S. 27f.

3 Elling-Ruhwinkel, Elisabeth: Sichern und Strafen: Das Arbeitshaus Benninghausen 1871–1945, Paderborn 2005, S. 2.

4 Borst, Eva: Prostitution um 1900, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 24 (2001), Heft 58, S. 11–22

- 5 Golla, Mona: »Die Dirne kann uns gleichgültig sein...« Die Auswirkungen der Bevölkerungs- und Familienpolitik auf Prostituierte im Nationalsozialismus, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 24 (2001), Heft 58, S. 41–56
- 6 So hießen die im Arbeitshaus Breitenau Festgehaltenen »Korriganten«, vgl. Ayaß, Wolfgang: Das Arbeitshaus Breitenau: Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Zuhälter und Fürsorgeempfänger in der Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau (1874–1949), Kassel 1992, S. 27
- 7 Hinze, Kurt: Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen, Berlin 1963, S. 160f.
- 8 Vgl. Büchner: Die Insassen des Arbeitshauses, des Hospitals und des Wanderarbeitsheims Rummelsburg 1925, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin Nr. 5, Heft 9 v. Mai 1931, S. 2
- 9 »Zu Beginn der Debatte 1918 prägte der Begriff der »Verwahrung« noch die Diskussion. Auf Grund der begrifflichen Nähe zum Strafvollzug wurde diese Bezeichnung jedoch bald zu Gunsten des Begriffs der »Bewahrung« fallengelassen, schließlich sollten im Gegensatz zur Verwahrung in einem Gefängnis all die angeblich labilen und gefährdeten Menschen aus Fürsorge bewahrt werden«, Ebbinghaus, Angelika: Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1996, S. 193
- 10 Ebbinghaus 1996, S. 193
- 11 Sachße/Tennstedt 1992, S. 263f.
- 12 Ayaß, Wolfgang: »Asozial« und »gemeinschaftsfremd«. Wohnungslose in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, in: Wohnungslos Nr. 3/2004, S. 87
- 13 Vgl. Erlass des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei Heinrich Himmler an das Geheime Staatspolizeiamt und die Leiter der Staatspolizei(leit)stellen (Berlin 26. Januar 1938) in: Ayaß, Wolfgang (Bearb.): »Gemeinschaftsfremde« – Quellen zur Verfolgung von Asozialen 1933–1945, Koblenz 1998, S. 115f.
- 14 Hinze, Kurt: Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen, Berlin 1963, S. 160
- 15 Büchner 1931, S. 2
- 16 Büchner 1931, S. 3
- 17 Verfügung des Leiters des Berliner Landeswohlfahrts- und Jugendamts Eduard Karl Spiewok an das Städtische Obdach, das Pflegeamt, die zentralverwalteten Heil- und Pflegeanstalten und die Bezirksämter v. 11. Juli 1934, in: Dienstblatt des Magistrats von Berlin, Teil II–VIII, S. 172, in: Ayaß 1998, S. 55f.
- 18 LA Berlin A Rep. 038–08, Nr. 35, S. 35
- 19 LA Berlin 003–02 Nr. 63/2 S. 151f.
- 20 Kramer 1995, S. 207
- 21 Bericht über die vom Landes-, Wohlfahrts- und Jugendamt der Stadt Berlin veranstaltete Besichtigungsfahrt zum Städtischen Obdach, zum Generalshof in Köpenick und zum Arbeits- und Bewahrungshaus in Rummelsburg am 23.2.1937 zur Erörterung der Behandlung asozialer Familien in: LA Berlin A Rep. 044–08, Nr. 13.
- 22 Zit. nach Ayaß 1995, S. 95
- 23 Ayaß 1998, S. 120
- 24 Ayaß 1998, S. 120
- 25 Ayaß 1995, S. 94
- 26 Bericht des Städtischen Arbeits- und Bewahrungshauses vom 23. 1. 1936 bis 12. 6. 1939, in: LA Berlin 47–08, Nr. 113, S. 42 und 47f.
- 27 Aly, Götz: Medizin gegen Unbrauchbare, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik; 1), Berlin 1985, S. 9–74
- 28 Für diese Auskunft danken wir Hermann Kaienburg.
- 29 Die Einrichtungen des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens in der Reichshauptstadt Berlin. Graubuch des Archivs für Wohlfahrtspflege, Berlin 1941, S. 292
- 30 Aly 1985, S. 45
- 31 Aly 1985, S. 46
- 32 Aly 1985, S. 48
- 33 Peukert, Detlef: Grenzen der Sozialdisziplinierung, Köln 1986, S. 279
- 34 Bericht der Abt. VII des MfS Berlin, in: BSTU, MfS BV Berlin Abt. VII, Nr. 16 Bl. 36–88
- 35 Ibid.
- 36 Mehr zu den Aktivitäten unter www.marginalisierte.de
- 37 Ratzel, Wolfgang: »Fürsorge. Aktion Arbeitscheu Reich. Berliner Polizeipräsident verneigt sich vor den Opfern«, in: Freitag Nr. 25 vom 20. Juni 2008

Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit in Fürstenberg (Oder)

SONDERAUSSTELLUNG IM STÄDTISCHEN MUSEUM
EISENHÜTTENSTADT

Axel Drieschner und Barbara Schulz

Inmitten einer dünn besiedelten Region, rund einhundert Kilometer südöstlich von Berlin, liegt das heute zu Eisenhüttenstadt gehörende Fürstenberg (Oder). Zwischen 1940 und 1945 wandelte sich die ökonomisch wenig bedeutende Kleinstadt wie im Zeitraffer zu einem expansiven Wirtschaftsstandort mit regionaler Zentrumsfunktion. Schon seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hatten die Stadtoberen versucht, große Wirtschaftsbetriebe nach Fürstenberg zu ziehen. Dabei konnten sie auf die Lage an wichtigen Wasserstraßen und die nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit von Industriegelände verweisen. Die ländliche Abgeschiedenheit und das begrenzte Reservoir an Arbeitskräften ließ die Gegend damals für Industrieansiedlungen jedoch nicht attraktiv erscheinen. Erst unter den gewandelten Rahmenbedingungen im »Dritten Reich« änderte sich dies. Nun rückte die Sicherheit, die der Standort vor westlichen Luftangriffen zu bieten schien, in den Vordergrund. Seit Ende 1936 war dort die Ansiedlung eines Buna-Werks des IG Farben-Konzerns vorgesehen. Nachdem das Vorhaben 1939 endgültig gescheitert war, wurden andere Planungen realisiert. Die Stadt entwickelte sich hierdurch bis Kriegsende zum Investitionsschwerpunkt großer Industriekonzerne. Dies ließ sie zugleich zu einem Schwerpunkt des Einsatzes von Zwangsarbeitern im mittleren Oderraum werden. Die Zahl der in Fürstenberg beschäftigten ausländischen Arbeiter lag hier Mitte 1944 bei etwa 3000 Personen, was mehr als einem Drittel der deutschen Einwohnerschaft entsprach. Die überproportionale Anballung von Zwangsarbeitern bildete eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt. Denn der bevölkerungsarme Landkreis hätte, nach den Worten des damaligen Bürgermeisters von Fürstenberg, »auch nach glücklicher Beendigung des Krieges« den Bedarf an Arbeitern »nicht zu decken« vermocht.

Es waren vor allem drei Konzerne, die das Geschehen in Fürstenberg (Oder) während der Kriegsjahren bestimmten. Den Anfang machte die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt, die bald auch unter dem Kürzel DEGUSSA firmierte. Das Unternehmen begann im Frühjahr 1940 mit dem Bau eines »Chemischen Zentralwerks«, das die geographisch verstreuten Produktionslinien des Unternehmens an einem Standort bündeln sollte. Das Projekt bildete bis dahin das ehrgeizigste Bauvorhaben des Konzerns¹. Die veranschlagten Investitionen kletterten bald auf über 40 Millionen Reichsmark, was mehr als der zuvor erreichten Gesamtkapitalausstattung des Unternehmens entsprach. Produziert werden sollten in Fürstenberg unter anderem Vorprodukte für die Sprengstoff- und Kunststoffproduktion. Bis Kriegsende blieb das Werk eine Baustelle, lediglich die Erzeugung von Formaldehyd wurde Ende 1943 aufgenommen. Zunächst hatten die Behörden das Bauprojekt der DEGUSSA nicht als »kriegsentscheidend« eingestuft und es kaum mit der Zuweisung von Arbeitskräften unterstützt. In der ersten Hälfte des Jahres 1942 deportierte man dann etwa 200 polnische Juden aus dem Ghetto Lodz nach Fürstenberg. Offenbar waren die Männer ursprünglich zum Bau der Reichsautobahn in die

Gegend von Frankfurt (Oder) deportiert worden, bevor man sie anderen Bauvorhaben zugeteilt hatte. Ihre Gruppierung traf in den Lagern des östlichen Brandenburgs zumeist auf eine mörderische Behandlung. So sind bei dem südlich von Frankfurt (Oder) gelegenen Kraftwerk Finkenherd, wo 1942 ebenfalls Juden aus dem Ghetto Lodz zu Bauarbeiten eingesetzt wurden, binnen eines Jahres über einhundert Menschen umgekommen. Bei der DEGUSSA in Fürstenberg lassen sich aus der Gruppe der polnischen Juden zwanzig Todesfälle nachweisen, die sich innerhalb weniger Monate ereigneten. Dutzende der Arbeiter wurden außerdem mit dem Vermerk »krank entlassen« aus dem Lager abgeschoben. Ab Herbst 1942 waren hauptsächlich ost- und westeuropäische »Fremdarbeiter« sowie Kriegsgefangene für die DEGUSSA tätig. Ende 1944 befanden sich 450 Arbeiter auf der Baustelle, davon waren zwei Drittel Ausländer. Dokumente, die auszugsweise in der Ausstellung gezeigt werden, belegen Fälle von Misshandlungen durch deutsches Baupersonal und Unternehmer. Schon geringe »Vergehen« der ausländischen Zivilisten wurden durch Geld- oder Arreststrafen geahndet. Bis hin zur Überstellung in die »Arbeitserziehungslager« der Gestapo in Schwetig und Brätz.

Der zweite maßgebliche Großinvestor in Fürstenberg (Oder) war das Märkische Elektrizitätswerk (MEW). Mit über 1000 Personen verfügte es ab 1943 über den größten Anteil der in Fürstenberg eingesetzten Zwangsarbeiter. Der damals vollständig in öffentlicher Hand befindliche Landesversorger begann hier 1940 mit dem Aufschluss von Braunkohlevorkommen. Um den Brennstoff direkt vor Ort zu verstromen, errichtete das MEW ab 1943 am Westufer der Oder ein Großkraftwerk. Die als »kriegswichtig« eingestufte Anlage sollte über das Fernleitungsnetz vor allem die Rüstungsindustrie im Nordosten Deutschlands und im »Warthegau« beliefern. Das Projekt gehörte zum sogenannten »Wärme- und Stromprogramm« des Generalinspektors für Wasser und Energie, Albert Speer. Es sah den raschen Aufbau einer ganzen Serie leistungsfähiger und standardisierter »Einheitskraftwerke« im deutschen Machtbereich vor, so auch im ober-schlesischen Jaworzno, wo Häftlinge aus Auschwitz die Bauarbeiten zu verrichten hatten. Wie bei der DEGUSSA mussten auf der Kraftwerksbaustelle in Fürstenberg polnische Juden aus dem Ghetto Lodz die ersten Arbeiten durchführen. Im Spätsommer 1943 wurden die rund 300 Männer abgezogen und nach Auschwitz transportiert, wie aus Unterlagen des Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen hervorgeht. Die »Arbeitsfähigen« verteilte die SS von Auschwitz aus auf andere Konzentrationslager, viele kamen dabei nach Buchenwald und weiter nach Mittelbau-Dora.



Udo Simon führt Besucher und Besucherinnen durch den Teil II der Ausstellung, das Gelände des »Alten Kraftwerks«
Foto: Bernd Geller

Anschließend kamen auf der Baustelle vor allem sowjetische Kriegsgefangene zum Einsatz. Bis zu 700 Rotarmisten waren im Barackenlager unweit der Baustelle untergebracht. Sie wurden von der Wehrmacht aus dem Kriegsgefangenen-Stammlager STALAG III B bereit gestellt, das sich seit Ende 1939 ebenfalls in Fürstenberg (Oder) befand und mit mehreren Tausend Männern belegt war. Das STALAG III B bildete eines von insgesamt drei zentralen Aufnahme- und Verteilungslager von Kriegsgefangenen in der Provinz Brandenburg.

Mit der Geschichte dieses Lagers hatte sich das Städtische Museum Eisenhüttenstadt bereits 2003/2004 im Rahmen einer Sonderausstellung beschäftigt². Dieser historische Abschnitt wird von der gegenwärtigen Präsentation daher nicht breiter dargestellt, ist jedoch durch einen Raum der Dauerausstellung repräsentiert.

Neben der DEGUSSA und dem MEW bildete sich im letzten Kriegsjahr noch ein dritter Einsatzschwerpunkt von Zwangsarbeitern in Fürstenberg heraus. Der Rüstungskonzern Rheinmetall-Borsig, dessen Stammwerk in Berlin-Tegel durch Bombenangriffe zerstört war, verlagerte Mitte 1944 einen Teil seiner Produktion nach Fürstenberg. Unter dem Tarnnamen »Oder-Gerätebau« errichtete er Produktionsstätten am Rande des Dorfes Schönfließ sowie in den Gebäuden der sogenannten Neuen Glashütte. Im Herbst 1944 lief dort die Fertigung von Maschinengewehrteilen für Flugzeug-Bordwaffen an. Neben deutschen Frauen aus dem Raum Fürstenberg zählten zu den mehreren Hundert Beschäftigten vor allem italienische Militärinternierte und weibliche Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück. Letztere waren in einem KZ-Außenlager untergebracht, das in der Neuen Glashütte eingerichtet wurde. Die Häftlingsunterkünfte grenzten unmittelbar an eine Hauptzufahrtsstraße nach Fürstenberg, die Schönfließer Chaussee (heute: Beeskower Straße). Noch immer ist über die Geschichte des KZ-Außenlagers, das zunächst dem KZ Ravensbrück, dann dem KZ Sachsenhausen zugeordnet war, wenig bekannt³. Neu aufgefundene Pläne und Kostenaufstellungen, die in der Ausstellung zu sehen sind, liefern aber Hinweise auf die bauliche Ausgestaltung des Lagers.

Noch mehr im Dunkeln liegt die Geschichte des Außenlagers für männliche KZ-Häftlinge, das sich auf dem Gelände der »Alten Glashütte« befand und im Zusammenhang mit einem Demontagebetrieb für Flugzeugschrott entstanden war. Nach Aussagen von Zeitzeugen sind die Häftlingsunterkünfte beider Teillager im Zusammenhang mit ihrer Ende Januar /Anfang Februar 1945 erfolgten Evakuierung in Brand gesteckt worden. In der Ausstellung werden historische Kriegsflugbilder präsentiert, welche die Zerstörung der Gebäude bestätigen.

Am 24. April 1945 besetzte die Rote Armee Fürstenberg. Unter ihrer Verwaltung erfolgte die Demontage der neuen Produktionsanlagen, die als Kriegsreparaturen in die UdSSR gebracht wurden. Die Werksgebäude der DEGUSSA und von Rheinmetall-Borsig galten als Rüstungspotential und wurden gesprengt, nur vom Kraftwerk blieben das Betonskelett und zwei hohe Schlote zurück. In den sechziger Jahren entstand auf der Südhälfte des DEGUSSA-Areals ein großes Wohngebiet, der VI. Wohnkomplex Eisenhüttenstadts. Die Investitionen der DDR-Jahre – das Eisenhüttenkombinat und seine Wohnstadt – prägten ein grundlegend neues Erscheinungsbild Fürstenbergs und seines Umfeldes. Dies begünstigte die Verdrängung der Ereignisse der Kriegsjahre aus dem öffentlichen Diskurs. Um die Aufbauleistung der DDR zu betonen, blieb es lange Zeit unerwähnt, dass die Gegend schon vor 1945 stark industrialisiert war. Die sprichwörtlich gewordene Formulierung, wonach hier »einst nur Sand und Kiefern waren«, beherrscht noch heute weithin das geschichtliche Selbstverständnis der Stadtgesellschaft.



Ein Anliegen der Ausstellung ist es daher, durch den Verweis auf die »Vorgeschichte« des Industriestandorts im Zweiten Weltkrieg ein tabuisiertes Stück lokaler Geschichte zu vergegenwärtigen. Dabei kann die Ausstellung in Eisenhüttenstadt an das breite Interesse anknüpfen, welches die unmittelbar an der Oder gelegene Ruine des Großkraftwerks als weithin sichtbare Landmarke auf sich zieht. Neben diesem »authentischen Ort«, an dem eine Tafelausstellung gezeigt wird, umfasst die Schau eine Präsentation von Originalexponaten in den Räumen des Städtischen Museums Eisenhüttenstadt.

»Altes Kraftwerk«
Foto: Bernd Geller

Vielleicht darf das Projekt auch als Beitrag zu einer intensiveren Aufarbeitung des Themas Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit auf landesgeschichtlicher Ebene gelten. In Fürstenberg (Oder) überlappten sich Prozesse, welche für die Geschichte der Provinz Brandenburg während des Zweiten Weltkriegs insgesamt kennzeichnend waren. Im Zeichen der Rüstungspolitik erfuhr die Mark einen Strukturwandel, der nicht nur das Berliner Umland erfasste. Der damit einhergehende massive Einsatz von Zwangsarbeitern wurde bereits im Rahmen vieler lokaler Projekte beleuchtet, im Unterschied zu manch anderem Bundesland fehlt für Brandenburg jedoch noch immer eine öffentlichkeitswirksame und zusammenfassende Darstellung zur Thematik im Form einer Ausstellung oder Publikation. Es ist zu hoffen, dass auf der Basis der umfangreichen lokalen Vorarbeiten bald ein entsprechendes Angebot geschaffen wird.

Informationen zur Ausstellung

»Mittelpunkt kriegswichtiger Industrien«

Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit in Fürstenberg (Oder) 1940–45

Sonderausstellung bis 26.10.2008, veranstaltet vom Städtischen Museum Eisenhüttenstadt in Kooperation mit der Diakonie Niederlausitz im Rahmen von »Kulturland Brandenburg 2008«.

Die Ausstellung umfasst zwei Teile, eine museale Präsentation in den Räumen des Städtischen Museums und eine Tafelausstellung auf dem Gelände des 1943–1945 erbauten Kraftwerks. Die Eintrittskarten berechtigen zum Besuch beider Ausstellungsteile.

Teil I

Städtisches Museum Eisenhüttenstadt

Löwenstraße 4, 15890 Eisenhüttenstadt (Ortsteil Fürstenberg).

Geöffnet: Di–Fr 10–17 Uhr, Sa und So 13–17 Uhr

Telefon (03364) 2146

info@museum-eisenhuettenstadt.de

www.museum-eisenhuettenstadt.de

Teil II

Gelände des »Alten Kraftwerks«, Zugang vom Oderdeich (Oder-Neiße-Radweg), Leihfahrräder für den Transfer ab Museum nutzbar;

Anfahrt über Buchwaldstraße, dann abbiegen auf den Oderdeich;

mit PKW nur bis Abzweig Oderdeich (dort Parkplatz), dann ca. 500 m zu Fuß.

Geöffnet: Di–Fr 10–17 Uhr, Sa und So 13–17 Uhr; letzter Einlass 16 Uhr

Zugangsbeschränkungen: Betreten auf eigene Gefahr;

bei Gehbehinderungen ungeeignet; bei Sturm und starkem Regen geschlossen.

Am Samstag, dem 13.9.2008, findet anlässlich des Tags des Offenen Denkmals eine Sonderführung über das Kraftwerksgelände und zum ehemaligen Zwangsarbeiterlager am Kraftwerk statt. Treffpunkt 13 Uhr am Eingang zum Ausstellungsteil II.

Barbara Schulz und Axel Drieschner erarbeiten seit 2001 in der Berliner Bürogemeinschaft Zeitgeschichte und Denkmalpflege bauhistorische und archäologische Untersuchungen sowie Ausstellungen für Museen und Gedenkstätten.

- 1 Zum Stellenwert des Zentralwerks im Unternehmenskontext vgl. Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, München 2004
- 2 Siehe hierzu: Barbara Schulz und Axel Drieschner: Verdeckt vom Mythos der »ersten sozialistischen Stadt Deutschlands«. Ausstellung zum Kriegsgefangenenlager Stalag III B in Fürstenberg (Oder), heute Eisenhüttenstadt; in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 117, Heft 2/2004.
- 3 Am ausführlichsten hat hierzu bislang geschrieben: Thomas Irmer, Spuren nach Sachsenhausen. KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Fürstenberg/Oder, in: Eisenhüttenstadt. »Erste Sozialistische Stadt Deutschlands«, Berlin 1999, S. 37–46.



Blicke in den Teil I
der Ausstellung im
Städtischen Museum
Eisenhüttenstadt
Fotos: Gerrit Freitag



Heben Sie das gut auf! Das ist mein ganzes Leben!

NACH CHARLOTTE SALOMON:
LEBEN? ODER THEATER?

Joanne Gläsel



Die jüdische Malerin Charlotte Salomon wurde 1917 in Berlin geboren und 1943 in Auschwitz ermordet. Zwei Jahre vor ihrem Tod, auch im südfranzösischen Exil von den Nazis bedroht, erfährt sie von einer Reihe von Suiziden in ihrer Familie. Aus Angst und Verzweiflung erwächst die Kraft, etwas »ganz verrückt Besonderes« zu unternehmen: zurückgezogen in einem Hotel malt, schreibt, vertont sie, um nicht wahnsinnig zu werden, ihr Leben als Theaterstück in 769 Gouachen. »Leben? Oder Theater?« ist ein Gesamtkunstwerk in einer radikal neuen Bildersprache, die weit über ihre Zeit hinausweist.

Joanne Gläsel hat daraus ein sinnlich – komödiantisch – leidenschaftliches Theatersolo entwickelt. Ort der Handlung ist das Hotelzimmer an der Côte d'Azur 1940–42. Die SchauspielerIn vollzieht malend, singend und erzählend den Schaffensprozess der Künstlerin nach. Wie eine Fremdenführerin geleitet sie durch ihr Werk, ist ihre Stellvertreterin und zugleich Verkörperung der gemalten Charaktere. Sie wechselt zwischen weiblichen und männlichen, jungen und alten Figuren, zwischen Frau und Mann, Kind und Greis. Projektionen der Gouachen sind Teil des Bühnenraumes, in dem die SchauspielerIn sich bewegt. Sie spielt in den Bildern, mit den Bildern, wird selbst zum »Bild im Bild« und erweitert das Gesamtkunstwerk in den dreidimensionalen Raum. So wird erlebbar, wie ein Mensch in einer ausweglosen Situation mittels Kunst sein besonderes Schicksal bewältigt.

Kontakt

Joanne Gläsel

joanne.glaesel@web.de

www.hebensiedasgutauf.de